

DIE AUSSIEDLUNG DER BEVÖLKERUNG DEUTSCHER NATIONALITÄT AUS UNGARN NACH DEM 2. WELTKRIEG

**VON
SÁNDOR BALOGH**

Die alliierten Großmächte legten im Interesse der Zerschlagung Deutschlands als Großmacht und der radikalen Abrechnung mit den Überresten des Faschismus sowie nicht zuletzt wegen der gegen die Menschheit verübten ungeheuren Verbrechen in Potsdam fest: „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.“¹ Dieser Standpunkt über die Verantwortung des deutschen Volkes deckte nicht völlig die Auffassung der Alliierten, ihre diesbezüglichen früheren Erklärungen, sondern er bildete sich sicherlich stufenweise, im Zusammenhang mit den in der Zeit des 2. Weltkrieges gemachten Erfahrungen und den für die Nachkriegszeit gültigen Gesichtspunkten einer Sicherheits- und Machtpolitik heraus.² Darum kann man sich auch nur schwer mit solchen Meinungen einverstanden erklären, die die Atlantikcharta von vornherein nur als Propagandazug auffassen.³ Die Auffassung der alliierten Großmächte über die Verantwortung des deutschen Volkes für den Krieg wünschte man offenbar zu präzisieren, als betont wurde: „Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“⁴ Man kann also nicht sagen, daß die alliierten Großmächte in Potsdam sich bezüglich der Lösung der deutschen Frage das Prinzip der kollektiven Verantwortung eindeutig zu eigen gemacht hätten, aber es ist auch nicht möglich, ohne Vorbehalte das Gegenteil zu behaupten.⁵ Die Unterlassung einer prinzipiell klaren und genauen Klärung der Verantwortung zog fast unvermeidlich die Anwendung widerspruchsvoller Methoden nach sich. Dies widerspiegelte auch sofort die Entscheidung der alliierten Großmächte im Zusammenhang mit der Aussiedlung

der Bevölkerung deutscher Nationalität. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und die Sowjetunion trafen folgendes Übereinkommen: „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteilen derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß.“⁶

Der Gedanke der Aussiedlung der in den mittel- und südosteuropäischen Ländern lebenden Bevölkerung deutscher Nationalität oder eines Bestandteils derselben tauchte ernsthaft schon in der Zeit des zweiten Weltkrieges auf, und zwar mit den widersprüchlichsten Zielen und von den unterschiedlichsten Seiten her. Im Frühjahr 1942 arbeitete man in Hitlerdeutschland einen 25-jahrplan zur Eindeutschung der besetzten polnischen und sowjetischen Gebiete aus.⁷ Hitler wollte erreichen, daß in diesen Gebieten innerhalb von zehn Jahren mindestens zwanzig Millionen Deutsche leben sollen. In diesem Sinne wollte er in der Zeit des Krieges und in der Nachkriegszeit etwa 1,5 Millionen „Volksdeutsche“ aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien aussiedeln. Auch die Kreise der Londoner tschechoslowakischen Exilregierung beschäftigte rege die Frage der Aussiedlung der Sudetendeutschen nach dem Krieg, womit sich die westlichen Alliierten Ende 1942 – Anfang 1943, dabei die zukünftige Sicherheit des tschechoslowakischen Staates berücksichtigend, im wesentlichen auch einverstanden erklärten.⁸

Die Hitlerregierung versuchte zu Kriegsende, zur Zeit der Räumung der besetzten Gebiete, die „Volksdeutschen“ nach Deutschland zu evakuieren. Zu dieser Zeit verließen mehrere hunderttausend Einwohner deutscher Nationalität die südosteuropäischen Länder.⁹ Der Strom der Flüchtenden riß aber damit nicht ab, sondern setzte sich auch nach dem Krieg noch fort, mit dem Unterschied, daß jetzt die Regierungen der befreiten Länder bemüht waren, sich der Deutschen zu entledigen. So verließen Volksmassen in Millionenhöhe besonders Polen und die Tschechoslowakei.¹⁰ Im Juli 1945 legten die Vereinigten Staaten in einer Note Protest bei der tschechoslowakischen Regierung gegen die einseitige und massenhafte Vertreibung der Deutschen ein.¹¹ Die Potsdamer Konferenz sanktionierte also in Wirklichkeit nur einen schon begonnenen und bedeutend fortgeschrittenen Prozeß. Die Motive, bzw. der Hintergrund dieser Entscheidung über die Aussiedlung der Bevölkerung deutscher Nationalität waren im Fall Polens, der Tschechoslowakei sowie Ungarns natürlich keineswegs die gleichen. Die Aussiedlung der Ungarndeutschen wurde nämlich nicht so sehr durch die ungarischen, als vielmehr durch die tschechoslowakischen Regierungsorgane mit der durchaus nicht verhehlten Intention betrieben, an die Stelle der aus Ungarn ausgesiedelten Deutschen die slowakische Bevölkerung ungarischer Nationalität umzusiedeln.¹² Das bedeutete natürlich durchaus nicht, daß es in Ungarn vor oder nach dem Krieg Personen, bzw. politische Strömungen oder Gruppen nicht gegeben hätte, die eine Aussiedlung der Bevölkerung deutscher Nationalität verlangten.¹³

Die Angelegenheit der Aussiedlung der Deutschen übertrug die Potsdamer Konferenz in der Tschechoslowakei und in Polen den jeweiligen Regierungen, in Ungarn jedoch der Alliierten Kontrollkommission (AKK). Damit bestimmte und kontrollierte die AKK im wesentlichen bis zum Abschluß des Friedensvertrages die Aufgaben und Verpflichtungen der Provisorischen Nationalregierung sowie der ihr folgenden ungarischen Regierungen im Zusammenhang mit der Aussiedlung der Deutschen.

Das am 20. Januar 1945 unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen verpflichtete die Provisorische Nationalregierung, „die deutschen Staatsbürger zu internieren.“¹⁴ 1938 lebten 5 000 deutsche Staatsbürger in Ungarn, aber noch im gleichen Jahr verdreifachte sich ihre Anzahl als Folge des Anschlusses.¹⁵ In der Zeit des zweiten Weltkrieges, besonders jedoch nach der deutschen Besetzung vom 19. März 1944 kamen – neben der Armee – zahllose „Zivilexperten“¹⁶ des Reiches, deren Mehrheit aber Ungarn später, vor der Roten Armee flüchtend, verlassen hat. Dadurch berührten die ersten Internierungen nicht diese, sondern vielmehr die in bewaffnete Organisationen des Reiches eingetretenen ehemaligen ungarischen Staatsbürger sowie Aktivisten des Volksbundes.¹⁷

Die Aussiedlung der Bevölkerung deutscher Nationalität aus Ungarn begann im Februar 1945, als die sowjetischen Behörden einen Teil der in den Gebieten östlich der Theiß lebenden Deutschen deportierte.¹⁸ In erster Linie die Frauen unter ihnen wurden im Sommer 1945 wieder entlassen.¹⁹ Daraufgehend geschah im wesentlichen in der Frage der Aussiedlung wochenlang nichts. Das Problem der Aussiedlung der Deutschen oder, um einen zeitgenössischen Ausdruck zu verwenden, der Schwaben ergab sich neuerlich nach Erscheinen der Regierungsverordnung über die Bodenreform im März-April 1945, diesmal aber in um vieles gewichtigerer Form. Die Verfügung der Verordnung, daß „der Bodenbesitz der Volksverräter, Pfeilkreuzler, Nationalsozialisten und sonstigen faschistischen Führer, der Volksbundmitglieder, weiterhin der Kriegsverbrecher und Volksfeinde völlig und ohne Berücksichtigung der Größe zu enteignen ist“, berührte unmittelbar und in bedeutendem Maße die Bevölkerung deutscher Nationalität.²⁰ Zwar verfügte die Verordnung einstweilen nur die Enteignung des Bodens und Zubehörs, aber während der Durchführung mußte man hauptsächlich in Verbindung mit der ländlichen Bevölkerung deutscher Nationalität auch dem Problem der Aussiedlung zwangsläufig entgegensehen. Da aber eine Aussiedlung noch nicht möglich war, wurde die davon berührte Bevölkerung deutscher Nationalität zum größten Teil interniert. Dabei geschahen nicht nur einmal Fehler und Übergriffe zum Schaden der deutschen Nationalität.²¹ Andererseits traten natürlich die Volksbundler den Bodenverteiltern, bzw. denen, die Land erhalten hatten, ausgesprochen feindlich und auch vor Tötlichkeiten nicht zurückschreckend entgegen.²²

Auf der Sitzung des Budapester Nationalkomitees (BNK) vom 11. April 1945 wurde diese Frage im Zusammenhang mit der Durchführung der Bodenreform diskutiert. Géza Supka mißbilligte im Namen der Bürgerlich-Demokratischen Partei die Bezeichnung „schwäbische Gemeinde“ oder ähnliche und schlug eine solche prinzipielle Entscheidung vor, die

die politische Veantwortung und die Zugehörigkeit zu einer Nationalität scharf voneinander trennt. Der Kommunist Ernő Gerő lehnte den Vorschlag von Supka mit den Worten ab, daß „nicht allein Hitler an dem jetzt Geschehenen schuldig ist, sondern die Deutschen sein Schicksal teilen müssen“.²³ Imre Kovács (Nationale Bauernpartei) stimmte damit im wesentlichen überein, sich darauf berufend, daß „ein jeder Schwabe Volksbundler war.“ Aber auch trotz dieser übertriebenen Bemerkung argumentierte er zweifellos logischer und wirksamer als Gerő. Der Sozialdemokrat Árpád Szakasits dagegen warnte nachdrücklich vor jeder Verallgemeinerung und verwarf in Verbindung mit der Bevölkerung deutscher Nationalität die Anwendung des Prinzips der kollektiven Verantwortung.²⁴ Die Diskussion wurde letzten Endes ergebnislos abgebrochen, das BNK bezog keinerlei Stellung zu dieser Frage.

Fast gleichzeitig mit der Diskussion im Budapester Nationalkomitee gab die Nationale Bauernpartei (NBP) als erste unter den Parteien die Losung „Hinaus mit den schwäbischen Volksverrättern aus dem Land!“ heraus. Diese Forderung versuchte Imre Kovács in der Zeitung „Szabad Szó“ vom 10. April 1945 mit einer äußerst nationalistischen Begründung zu belegen: „Ungarn ist endlich dorthin gelangt, daß es das Verhältnis zu Deutschland und den Schwaben klären kann. Die Schwaben kamen nur mit einem Bündel hierher, mit einem Bündel sollen sie auch gehen. Die Schwaben haben sich selbst aus dem Korpus des Landes herausgetrennt, mit ihren Taten haben sie bewiesen, daß sie mit Hitlerdeutschland fühlen. Jetzt sollen sie auch das Schicksal Deutschlands teilen! Wir werden die Schwaben aussiedeln. Sie sollen gehen! Es ist unmöglich, daß die besten Böden von Volksbundmitgliedern besetzt sind.“ Der Stellungnahme der NBP schloß sich auch die kommunistische Partei (UKP) an und begrüßte diese Initiative in einem Artikel in der Zeitung „Szabad Nép“ unter dem Titel „Schwäbische Volksverräter“, in dem zu lesen ist, daß „die Nationale Bauernpartei aus dem Herzen des ungarischen Volkes sprach.“²⁵ Die kommunistische Partei betrachtete die Schwabenfrage als Teil der Abrechnung mit den Überresten des Faschismus und verband sie mit der Landvergabe an die landlose Bauernschaft. Sie war der Meinung, daß sie mit der Enteignung des Landes der Deutschen die Befriedigung der Ansprüche der ohne Land gebliebenen Bauern auch noch nach der Durchführung der Bodenverteilung bedeutend verbessern kann. Die Nationale Bauernpartei wurde im Grunde genommen von ähnlichen Vorstellungen geleitet, mit dem Unterschied, daß sich im Kreis ihrer Parteiführer die traditionelle Deutschfeindlichkeit mit einem guten Teil Nationalismus paarte. Der Losung zur Aussiedlung der Schwaben, die von der Bauernpartei initiiert worden war, schloß sich gleichzeitig mit der „Szabad Nép“ auch die Zeitung „Kis Újság“ der Partei der Kleinen Landwirte (PdKL) an und forderte: „Die einheimischen Schwaben müssen ausgesiedelt werden!“²⁶ Im folgenden suchte diese Zeitung allerdings mehr nach Möglichkeiten zur Verringerung der Anzahl der Auszusiedelnden und ließ den Inhalt der Forderung, daß „diejenigen zur Verantwortung gezogen werden müssen, die sich nicht den Ungarn anschlossen“²⁷, relativ ungeklärt. Diese Unsi-

cherheit und widersprüchliche Haltung war natürlich nicht nur für die „Kis Újság“ charakteristisch, sondern im wesentlichen auch für die Partei der Kleinen Landwirte selbst. Trotz, daß man den „Verdienst“ um die Initiative der Nationalen Bauernpartei nicht mehr streitig machen konnte, war der eine oder andere Vertreter der PdKL der Meinung, daß man sich noch immer an die Spitze der Aussiedlungsaktion stellen kann.²⁸

Diesem Ziel diene eigentlich auch der Plan, den Kálmán Saláta, der zum Kreis um Ferenc Nagy (PdKL) gehörte, ausarbeitete und Zoltán Tildy übergab.²⁹ Dieser Plan ging von dem Prinzip aus, daß „man nicht die Schwaben auszusiedeln wünscht, sondern, daß man gegen diejenigen Deutschen, die im allgemeinen für die faschistischen Verbrechen verantwortlich zu machen sind, Stellung zu beziehen wünscht.“ Darauf folgend wurde die von ihm zur Aussiedlung vorgeschlagene Bevölkerung deutscher Nationalität in folgende Kategorien eingeteilt: a) alle Volksbundmitglieder; b) alle Bewohner einer geschlossenen schwäbischen Ansiedlung, alle Individuen mit deutschem Geburtsnamen, außer denen, die ihrer ungarischen Haltung wegen von ihren Gefährten etwaiger Brandmarkung oder Verfolgung ausgesetzt waren; c) alle diejenigen mit deutschem Geburtsnamen, die in den Verband der SS eintraten; d) alle diejenigen mit deutschem Geburtsnamen, die von den Legitimierungskomitees nicht bestätigt und ihrer Stellung verlustig wurden; e) alle diejenigen mit deutschem Geburtsnamen, die von den Volksgerichten rechtskräftig verurteilt sind; f) alle seit 1920 angesiedelten und eingebürgerten deutschen Staatsbürger, mit Ausnahme derer, die wegen ihrer ungarischen Haltung verfolgt wurden. Trotz des im Grunde genommenen richtigen prinzipiellen Ausgangspunktes des Plans sollten die einheimischen Deutschen allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität bestraft werden, besonders in dem Fall, wenn sie in Ungarn „in einer geschlossenen Ansiedlung“ leben. Dies hätte fast ohne Ausnahme die dörfliche Bevölkerung, die Bauern betroffen. Gleichzeitig wünschte er im wesentlichen die Intellektuellen, Beamten und Angestellten vor der Aussiedlung zu bewahren, denn nur 1–2% der zur Legitimierung Verpflichteten verloren nach der Befreiung ihre Stellung.³⁰ Noch geringer war damals die Anzahl und das Verhältnis der durch rechtskräftiges Urteil der Volksgerichte Verurteilten. Dies alles in Betracht gezogen, spiegelte der Plan von Kálmán Saláta nicht so sehr die Meinung der Parteiführung, sondern vielmehr die der bürgerlichen Intelligenz wieder, die, sich nach dem zweiten Weltkrieg der Partei der Kleinen Landwirte anschließend, versuchten, politisch und gesellschaftlich zur Geltung zu kommen.

Prinzipiell noch falscher und widersprüchlicher als der PdKL-Plan war die damalige Auffassung der Nationalen Bauernpartei zur Aussiedlung der Deutschen, trotz, daß sie nicht wörtlich der von Imre Kovács formulierten Auffassung folgte: „Der Aussiedlungsplan besteht im wesentlichen aus acht Punkten. 1) Diejenigen Deutschen, die sich bei der Volkszählung von 1941 deutscher Nationalität bezeichneten, verlieren ihre ungarische Staatsbürgerschaft. 2) Die politische Kommission der Nationalversammlung befreit diejenigen Personen von der Aussiedlung, die sich selbst als Ungarn betrachten und die im Kampf gegen die Deutschen auf seiten der

Ungarn standen. 3) All jene Deutschen, die ihrer ungarischen Staatsbürgerschaft verlustig gehen, werden vom Gebiet des Landes verwiesen und abtransportiert. 4) Die ausgewiesenen Deutschen können ihre Bekleidung, ihre Gebrauchsgegenstände und ihre Möbel innerhalb der Transportmöglichkeiten mit sich führen. 5) Alles mobile und immobile Eigentum der Ausgesiedelten wird beschlagnahmt. 6) Alle deutschen Rechtspersonen werden aufgelöst, ihr Eigentum wird beschlagnahmt. 7) Der ungarische Staat schuldet für das mobile und immobile Eigentum Schadenersatz. 8) Wenn die kommerziellen Schadenersatzforderungen Ungarns gegenüber Deutschland den Wert des beschlagnahmten deutschen Eigentums übersteigen, so geht das letztere in das Eigentum des ungarischen Staates über.³¹

Nach den obigen Erklärungen der Parteien verwies die Verordnung der Provisorischen Nationalregierung über die Aufstellung des Amtes für Volksfürsorge vom. 4. Mai 1945 auf die Aussiedlung der Bevölkerung deutscher Nationalität.³² Aber auch diese Verordnung stellte nur soviel fest, daß die Durchführung „der Aussiedlung der faschistischen Deutschen“ Aufgabe des Amtes für Volksfürsorge ist und versprach die detailliertere Regelung in einer anderen, später zu erlassenden Regierungsverordnung. Der letztere Umstand wahrscheinlich veranlaßte die sozialdemokratischen Führer noch bestimmter als früher Stellung dazu zu beziehen, daß für sie eine Schwabenfrage nicht existiert.³³ Auch die Bevölkerung deutscher Nationalität kann man nur auf der Grundlage bewerten, wer unter ihnen Faschist oder Antifaschist gewesen ist. In diesem Sinne warnte die Sozialdemokratische Partei (SdP) wiederholt vor der Akzeptierung und Anwendung des Prinzips der kollektiven Verantwortung.

Auf der Beratung der Koalitionsparteien vom 14. Mai 1945 diskutierten die Koalitionsparteien ihre Ansichten zur Schwabenfrage und bemühten sich, einen mehr oder weniger einheitlichen Standpunkt auch zur Aussiedlung der Bevölkerung deutscher Nationalität herauszubilden.³⁴ Diese Parteien — mit Ausnahme der Bauernpartei — sahen sich schon in der Zeit des zweiten Weltkrieges mit dem Problem der Aussiedlung der deutschen Nationalität konfrontiert. Zwar verwarfen alledem Hitlerschen Aussiedlungsplan, aber sie hätten gerne gesehen, wenn sich das Land der unter dem Einfluß des pangermanischen Volksbundes stehenden Deutschen hätte entledigen können. Die Sozialdemokratische Partei unternahm seit Ende 1939, besonders aber seit Frühjahr 1943 große Anstrengungen, um die Wirkung der Volksbundpropaganda auf die Werktätigen deutscher Nationalität zu verringern.³⁵ Die Kommunistische Partei verfolgte in erster Linie im Doroger und Mecseker Kohlebecken Aufklärungs- und Organisationsstätigkeit.³⁶ Die Partei der Kleinen Landwirte hatte Beziehungen zur konservativen Bewegung „Treue zur Heimat“, die größtenteils unter dem Einfluß des katholischen Klerus stand und ihre Anhänger unter der vermögenden deutschen Bauernschaft warb. Die Wirkung dieser Beziehung spürt man auch in der Auffassung von Ferenc Nagy über ungarische Aussiedlung der Deutschen: „Das ungarische Volk beunruhigte zweifellos das Verhalten des Teils der deutschsprechenden Bevölkerung, der Hitler glorifizierte. Die deutschen Offiziere und Beamten verbreiteten aktiv

nationalsozialistische Propaganda und organisierten unter der deutschsprechenden Bevölkerung den antiungarischen Volksbund, der diejenigen der deutschen Bewohner terrorisierte, denen die Interessen ihrer neuen Heimat am Herzen lagen. Die Zahl derjenigen, die gegen die Interessen des Staates tätig waren, war bedeutend. Gleichzeitig waren aber auch diejenigen zahlreich, die den Hitlerismus stark mißbilligten und einen offenen Kampf gegen den Volksbund führten, ihre deutschen Mitbürger dazu ermutigten, Patrioten zu sein.³⁷ Die Parteien wurden in der Formulierung ihrer Standpunkte natürlich nicht nur von der „historischen Vorgeschichte“ beeinflusst, sondern auch von den internationalen und innenpolitischen Verhältnissen nach dem Krieg. So spielte im Standpunkt der SdP offensichtlich der Umstand eine Rolle, daß sie wegen ihres verhältnismäßig geringen bäuerlichen Einflusses den Druck der Forderungen nach Boden weniger wahrnahm. Gleichzeitig befanden sich in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei in großer Anzahl solche deutschen Arbeiter, Handwerker, Angestellten usw., die schon vor der Befreiung zu dieser Partei gehörten oder diese mit ihren Stimmen unterstützten. Auch kam die Wirkung des Nationalismus in der SdP unzweifelhaft weniger zur Geltung, als in der Partei der Kleinen Landwirte, wie auch in der Bauernpartei. Die kämpferischen Äußerungen der Führer der Partei der Kleinen Landwirte gegen den Volksbund waren ebenso nicht völlig unabhängig von der Tatsache, daß sich die wohlhabende deutsche Bauernschaft meistens enthalten hatte, eine aktive Rolle im Volksbund zu übernehmen.

Die Beratung der Koalitionsparteien nahm zu guter Letzt einheitlich das Prinzip an, daß „es in Ungarn keine Schwabenfrage, sondern nur eine Frage der deutschen Faschisten gibt.“ Diese Beratung bezog gleichzeitig Stellung für eine Aussiedlung der ehemaligen SS-Angehörigen sowie für die Enteignung des Bodens der Volksbundmitglieder und für deren Aussiedlung. „Es ist wahrscheinlich, daß sich alle interessierten Staaten mit der Aussiedlung der innerhalb ihrer Grenzen lebenden faschistischen Deutschen beschäftigen“, teilte Ferenc Erdei in einer vertraulichen Information über die Beratung der Koalitionsparteien vom 14. Mai 1945 mit, „daß also bei einer generellen Lösung dieser Frage möglich ist, die Aussiedlung einer größeren Anzahl ungarndeutscher Faschisten durchzuführen. Im Moment ist es nicht möglich, in dieser Frage weiterzugehen, es ist nicht angebracht, eine generelle Aussiedlung der Schwaben zu propagieren, da dies leicht auf uns zurückschlagen kann.“³⁸ Im Artikel „Anstelle der deutschen Frage – eine ungarische Frage“ berichtet die „Kis Újság“ über die Beratung der Koalitionsparteien und betont, daß „die Konferenz der Parteien erklärte, daß die Deutschen nicht kollektiv zur Verantwortung gezogen werden. Wir können keine verallgemeinernden, faschistischen Methoden verfolgen, wir müssen den Unschuldigen Mittel und Möglichkeiten geben, damit sie nicht dafür büßen, daß sie die oder andere Sprache als ihre Muttersprache betrachten. Ebenso, wie ihnen dazu der Weg geboten wird, muß man einen Weg finden, damit die Schuldigen eine vollwertige Strafe für ihre Taten erhalten.“³⁹

Nach der Beratung der Koalitionsparteien informierte Außenminister Gyöngyösi den Vorsitzenden der AKK in einem Brief darüber, daß die Provisorische Nationalregierung etwa 300 000 Einwohner deutscher Nationalität auf der Grundlage der Mitgliedschaft im Volksbund aus dem Land auszusiedeln gedenke.⁴⁰ Aber aus dem Brief geht auch hervor, daß die Angelegenheit der Aussiedlung der Schwaben schon vorher den Gegenstand von Besprechungen zwischen der AKK und Vertretern der Provisorischen Nationalregierung gebildet hatte.⁴¹ Am 26. Mai 1945 brachte die Provisorische Nationalregierung in einer Verbalnote an die AKK ihren Wunsch zum Ausdruck, daß „die aus Ungarn auszusiedelnden Deutschen in die Gebiete Deutschlands überführt werden, die unter sowjetischer Besetzung stehen.“⁴² In der Verbalnote – abweichend vom Brief des Außenministers – handelt es sich aber nicht mehr um 300 000, sondern um 200 000 bis 250 000 auszusiedelnde Personen. Der Unterschied ergab sich wahrscheinlich aus einer umsichtigeren Abwägung der tatsächlichen Lage. Aber auch die Angabe dieser verringerten Anzahl richtet sich nicht in völligem Maße nach dem Prinzip, das die Beratung der Koalitionsparteien vom 14. Mai 1945 annahm. So bezeichneten sich nach Angaben der Volkszählung von 1941 300 419 Personen deutscher Nationalität und 477 057 Personen betrachteten Deutsch als ihre Muttersprache. Diejenigen Deutschen, die sich 1941 ungarischer Nationalität bezeichneten gaben damit – infolge der eigentümlichen Umstände – im bestimmten Grande auch ihrer Zurückhaltung gegenüber der Politik Hitlerdeutschlands Ausdruck. Die Bewegung „Treue zur Heimat“, die sich Anfang 1942 in Bonyhad entfaltet hatte, distanzierte gleichfalls mehrere tausend deutsche Familien vom Volksbund und vom Pangermanismus.⁴³ 1943 erreichte die Gesamtzahl der Mitglieder des Volksbundes und seiner verschiedenen Abteilungen im damaligen Ungarn etwa die Zahl von 300 000. Das bedeutete damals mehr als 40% der deutschen Nationalität in Ungarn.⁴⁴ Wenn wir dieses Verhältnis auch für die Deutschen, die innerhalb der Landesgrenzen vom 31. Dezember 1937 lebten, als maßgebend betrachten, dann ist die Zahl der Volksbundmitgliedschaft in etwa auf 150 000 zu schätzen.⁴⁵ In der Zeit des Krieges traten 100 000 Personen in die SS ein,⁴⁶ von denen aber nur etwa die Hälfte durch ihren Eintritt die Anzahl der einheimischen Deutschen, bzw. der Mitglieder und Aktivisten des Volksbundes verringerte.⁴⁷ hierbei müssen besonders ihre verhältnismäßig zahlreichen Todesopfer im Krieg und der Umstand beachtet werden, daß diejenigen, die bis zum März 1944 in die SS eintraten, ihrer ungarischen Staatsbürgerschaft verlustig gingen. Zwar verließ beim Rückzug der Hitlerarmee nur ein kleiner Teil der Deutschen aus dem Gebiet zwischen Donau und Theiß und Transdanubien das Land, aber unter den mindestens 60 000 – 70 000 Personen, die das Land verließen waren mit großer Sicherheit in hoher Anzahl Volksbundmitglieder und Familienmitglieder von SS-Angehörigen.⁴⁸ Auch darf man hier natürlich nicht vergessen, daß es ein Fehler wäre, die Mitgliedschaft im Volksbund ohne Differenzierung zu betrachten. Das „Zurücksickern“ in den Frühjahrs- und Sommermonaten des Jahres 1945 ließ die Anzahl der Bevölkerung deutscher Nationalität natürlich neuerlich anwachsen konnte aber

auf keinen Fall die vorangegangenen Verluste ersetzen. Ein umso größeres Problem – besonders in Transdanubien – verursachten der volksdemokratischen Macht die Aktionen und Gerüchteverbreitungen der zurückgekehrten früheren SS-Leute und Volksbundler.⁴⁹

Ende Mai 1945 teilte die „Szabad Nép“ mit, daß der Plan zur Zählung und Beurteilung der Schwaben und die Anordnung zur praktischen Durchführung erarbeitet sind.⁵⁰ Das Erscheinen der versprochenen rechtlichen Regelung ließ allerdings auch noch im Juni auf sich warten. Darin spielte wahrscheinlich auch das Memorandum der Budapester politischen Mission der Vereinigten Staaten vom 12. Juni eine Rolle, das die Provisorische Nationalregierung darauf aufmerksam machte, daß Nationalitäten „nur in Ausführung der zu diesem Zweck geschlossenen internationalen Abkommen ausgesiedelt werden können.“⁵¹ Gleichzeitig ließ das Memorandum der Regierung wissen, daß „solange sich der Abschluß des im vorhergehenden erwähnten internationalen Abkommen in der Schwebe befindet, keine einzige Nation die Umsiedlung größerer Gruppen von Menschen betreiben darf.“⁵² Die Provisorische Nationalregierung legte ihren Standpunkt in ihrer Antwort auf das amerikanische Memorandum vom 19. Juni dar. In dieser verurteilte sie mit Bestimmtheit – und wies auch den Vorwurf zurück – das Prinzip der kollektiven Verantwortung von Nationalitäten und brachte ihre Meinung zum Ausdruck, daß diejenigen streng bestraft werden müssen, die „Kriegsverbrechen und Artozitäten belasten. In ähnlicher Weise müssen die Verbreiter faschistischer und von Naziideologie bestraft werden, weiterhin all diejenigen die in solchen Organisationen tätig waren.“⁵³ Nach den Parteien bezog also auch die Provisorische Nationalregierung unbedingt eine richtige Stellung zu dieser schwierigen und komplizierten Frage.

Die Provisorische Nationalregierung ergriff mit der Verordnung Nr. 3820/1945 des Ministerpräsidenten vom 1. Juli 1945 Maßnahmen zur Erweiterung der Zuständigkeit des Amtes für Volksfürsorge und zur Überprüfung der früheren politischen Haltung der einheimischen Deutschen.⁵⁴ Nach dieser Verordnung mußten in den Kreisen, in denen in bedeutender Anzahl deutsche Bevölkerung lebte, Überprüfungskommissionen die aus drei Mitgliedern bestanden aufgestellt werden. Der Vorsitzende des Komitees – eine Person, der die örtlichen Verhältnisse bekannt waren und die über juristische Bildung verfügte – wurde vom Innenminister ernannt. Das zweite Mitglied der Kommission delegierte das Nationalkomitee des Kreises, das dritte mußte aus dem Kreis der demokratisch gesinnten, ortsansässigen Deutschen gewählt werden. Die Überprüfung dehnte sich auf alle Personen aus, die das 16. Lebensjahr vollendet hatten und sich selbst deutscher Nationalität betrachteten, ohne Ansehen des Geschlechtes und der Beschäftigung.⁵⁵ Die Kommissionen konnten nach Abwägung aller Umstände der zur Überprüfung verpflichteten Person folgende Feststellungen treffen: a) die betroffene Person hatte in einer Hitlerorganisation eine führende Rolle inne oder trat freiwillig in die SS ein; b) die betroffene Person war Mitglied einer Hitlerorganisation oder nahm erneut einen deutsch klingenden Namen an;⁵⁶ c) die betroffene Person, obwohl

zweifelloos nicht Mitglied einer Hitlerorganisation, unterstützte deren Zielstellungen; d) die betroffene Person war weder Führer, noch Mitglied oder Unterstützer einer Hitlerorganisation.

Die zur ersten Gruppe Gehörenden wurden außer den Nachteilen, die in den rechtlichen Regelungen zur Bodenverteilung getroffen waren, noch in polizeilichen Gewahrsam genommen. Deren Familienmitglieder, soweit sie nicht selbst von den Bestimmungen betroffen wurden, wovor im übrigen die Überprüfungskommissionen die Möglichkeit hatten, sie zu bewahren, mußten zum Ort der Internierung umziehen, bzw. waren gezwungen, aus ihrem Wohnort an einen anderen, festgelegten Ort umzusiedeln. Die Internierten und ihre Familienangehörigen konnten pro Person 200 kg Mobilien mit sich führen. Die in die zweite Gruppe Gehörenden belastete außer den Nachteilen durch die rechtlichen Regelungen über die Bodenreform noch eine besondere Arbeitspflicht, über die vom Minister für Wiederaufbau Maßnahmen getroffen wurden. Außerdem konnte man sie an Orte umsiedeln, die vom Amt für Volksfürsorge festgelegt wurden. In diesem Fall konnten sie sämtlichen mobilen Besitz mit sich nehmen. Die in die dritte Gruppe Gehörenden waren verpflichtet, ihr immobiles Eigentum der landesweiten Siedlungsaktion zur Verfügung zu stellen. Das bedeutete, daß das Amt für Volksfürsorge die Immobilien der Betroffenen mit Immobilien austauschen konnte, die sich in anderen Teilen des Landes befanden. Daneben waren sie verpflichtet, die in die erste oder zweite Gruppe Gehörenden, bzw. deren Familienangehörige in ihre Häuser aufzunehmen, wenn es durch das Amt für Volksfürsorge so verfügt worden war. Außer den Obigen konnten alle, über deren demokratische Gesinnung und Loyalität gegenüber Ungarn Zweifel bestanden, verpflichtet, werden, die zur Umsiedlung Bestimmten in ihre Häuser aufzunehmen. In diesem Fall mußten aber die familiären, verwandtschaftlichen usw. Bindungen beachtet werden. Darüber hinaus konnte die Überprüfungskommission auch andere Personen zur freiwilligen Umsiedlung aufrufen, d. h. zur Umsiedlung in andere Gegenden oder Orte, denen dadurch bestimmte Vorteile zuteil wurden. Gegen die Entscheidung der Überprüfungskommissionen konnte bei verschiedenen Behörden Einspruch eingelegt werden, in strittigen Fragen entschied der Landesrat für Grund besitzregelungen, bzw. der Innenminister.

Trotz, daß diese Verordnung zahlreiche Erleichterungen und Ausnahmen hauptsächlich bezüglich der Familienangehörigen beinhaltete, bedeutete sie zweifelloos eine harte Regelung der Situation der einheimischen Deutschen. Auch die Einreihung in die dritte Gruppe konnte sich nicht immer auf objektive Tatsachen stützen. Hier ging es offensichtlich um diejenigen wohlhabenden deutschen Bauern, die zwar selbst nicht dem Volksbund oder anderen rechten, faschistischen Organisationen beitraten, aber deren Gesinde, Tagelöhner usw. sich möglicherweise gerade auf deren Veranlassung der einen oder anderen Organisation anschloß. Für den konkreten Beweis gab es allerdings in vielen Fällen kaum, bzw. überhaupt keine Möglichkeiten. So gab die Verordnung im Rahmen ihrer Ausführung wohl oder übel Raum für subjektive Einstellungen.

Am 27. Juli 1945 ergänzte die Provisorische Nationalregierung die Verordnung Nr. 3820/1945 des Ministerpräsidenten mit neueren Verfügungen.⁵⁷ Die Ergänzungsverfügungen veränderten die Regierungsverordnung nicht wesentlich, sondern konkretisierten nur einzelne Punkte. Die Ausdehnung der Zuständigkeit des Amtes für Volksfürsorge – trotz der Härte der in Kraft getretenen rechtlichen Regelungen – bedeuteten eine Erleichterung in der Praxis und in der entstandenen Situation, denn auf der Grundlage der noch am 27. Februar 1945 im Zusammenhang mit der Durchführung des Waffenstillstandsabkommens erlassenen Regierungsverordnung war die Internierung das einzige Mittel, welches angewandt wurde, um Personen deutscher Nationalität zur Varentwortung zu ziehen.⁵⁸ Nachdem die Lösung der sogenannten Schwabenfrage in die Zuständigkeit des Amtes für Volksfürsorge verwiesen war, begann die Auflösung eines Teils der vorher errichteten Internierungslager und die Kontrierung, bzw. Versiedlung an andere Orte trat in den Vordergrund. Die Aussiedlung aus dem Land betrachtete die Provisorische Nationalregierung aber unverändert als eine Form der Umsiedlung. Das belegt auch die Antwortnote der Regierung an die AKK vom 5. Juli 1945.⁵⁹ Die Note berichtet, daß mit der Anordnung der Internierung der Volksbundler, SS-Angehörigen, Pfeilkreuzler und anderer volksfeindlicher Elemente die Frage noch keineswegs gelöst ist. Darum bat die Provisorische Nationalregierung die AKK, daß „die Schwaben aus Ungarn auf deutsches Gebiet ausgesiedelt werden, und zwar in solche Gebiete, die die alliierten Mächte zu diesem Zweck festlegen.“ Konkret war der Wunsch der Regierung im Zusammenhang mit der Festlegung des Ansiedlungsortes nur der, daß „dieser sich nicht in der Nähe der ungarischen Grenzen befinden solle.“ Gleichzeitig wurde die Anzahl der Auszusiedelnden in dieser Note – im Verhältnis zu früheren Informationen – weiter verringert, und es wurde jetzt „nur“ noch von 200 000 Personen gesprochen.

Am 9. August 1945 – eine Woche nach Beendigung der Potsdamer Konferenz – forderte die AKK Béla Miklós, den Präsidenten der Provisorischen Nationalregierung, auf, innerhalb kürzester Zeit die Aussiedlung von 450 000 Deutschen aus Ungarn vorzubereiten. Der Ministerpräsident informierte anderentags, am 10. August, die Führer der Koalitionsparteien vom Reskript der AKK.⁶⁰ Dieser Schritt der AKK löste sowohl in der Regierung, wie auch in der Führung der erwähnten Parteien Überraschung und Verwirrung aus. Die zur Abwicklung der Aussiedlung zur Verfügung stehende Zeit war so kurz und die Anzahl der Auszusiedelnden so hoch, daß sie sogar die Vorstellungen der Bauernpartei, die diese Frage am radikalsten behandelte, übertraf. Dem Wunsch der AKK hätte im übrigen die Provisorische Nationalregierung schon allein aus technischen Gründen nicht Genüge tun können. Dabei bleibt noch unerwähnt, daß sich die Anzahl der Auszusiedelnden stark der Gesamtzahl der Bevölkerung deutscher Muttersprache aufgrund der Volkszählung von 1941 näherte.

Im August 1945 trat eine fühlbare Veränderung in der Haltung der einen und anderen Partei zur Frage der Aussiedlung der Deutschen ein. Die Nationale Bauernpartei begrüßte die Entscheidung der Potsdamer

Konferenz über die Aussiedlung der Bevölkerung deutscher Nationalität damit, daß „es die internationale Lage jetzt ermöglicht, die Hitler-Schwaben auszusiedeln.“⁶¹ Die NBP drängte prinzipiell unverändert auf der Grundlage der Beratung der Koalitionsparteien vom Mai und im Sinn der als Ergebnis der dort getroffenen Vereinbarungen erlassenen Verordnungen auf die Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn. In dieser Frage bezog auch die kommunistische Partei einen ähnlichen Standpunkt wie die Bauernpartei. Die sozialdemokratische Partei warnte nachdrücklich, ihre früheren Ansichten aufrechterhaltend, vor übereilten Entscheidungen in dieser Frage. Die Partei der Kleinen Landwirte dagegen bremste schon – im Gegensatz zu ihren Aktivitäten im April-Mai 1945 – jegliche Lösung dieses Problems. Diese veränderte Haltung der Partei der Kleinen Landwirte sprachen in erster Linie die Vertreter der NBP – wenn auch in einer etwas unklaren Form – auch vor der Öffentlichkeit an: „In mancher Partei werden die Schwaben verteidigt.“⁶²

Zur Lösung des Widerspruches zwischen dem Anspruch der AKK und Standpunkt der Parteien war die erweiterte Sitzung des Ministerrates vom 13. August 1945 berufen.⁶³ Der Ministerrat und auch die Führer der Parteien stimmten im Prinzip mit einer Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn überein, aber nur entsprechend der oben zitierten Note vom 26. Mai 1945. Um dies zu bekräftigen, wurden in den Text der an die AKK zu übergebenden Antwort folgende Zeilen der Note vom 26. Mai eingeschoben: „Es wäre notwendig, diejenigen Deutschen vom Gebiet des Landes auszusiedeln, die die Sache Ungarns verraten haben und die im Dienst des Hitlerismus standen, weil nur in dieser Weise gewährleistet wäre, daß der deutsche Geist und die deutsche Unterdrückung nie wieder Herr über dieses Land sein kann.“⁶⁴

Die unvoreingenommene Klärung der Situation der Bevölkerung deutscher Nationalität und die Angelegenheit der Aussiedlung kam trotz Aufforderungen seitens der AKK auch in den Herbstmonaten nicht wesentlich voran. Am 13. Oktober 1945 bat, bzw. drängte der Vorsitzende der AKK Ministerpräsidenten Béla Miklós um eine Information bezüglich der Anzahl und Beschäftigung sowie der Aufteilung nach Geschlecht und Lebensalter der aus Ungarn auszusiedelnden Deutschen.⁶⁵ Eine zuverlässige und reale Antwort wurde zweifellos durch den Umstand erschwert, daß die Überprüfungskommissionen der Kreise ihre Arbeit außerordentlich langsam ausführten. Bis zur ersten Hälfte des November 1945 war erst von 20 000 Personen deutscher Nationalität ihre frühere Haltung und Tätigkeit untersucht worden.⁶⁶ Auf dieser Grundlage stellte sich heraus, daß 30% der Überprüften keine Verbindung zum Volksbund hatten. Demgegenüber waren 38% Mitglied oder Führer in einer Hitlerorganisation, die übrigen konnten zum größten Teil zur Kategorie der Unterstützer des Volksbundes gerechnet werden. Aber es wurde auch offensichtlich, daß etwa 40% der Immobilien der Deutschen zur Enteignung bestimmt werden können.⁶⁷ Auf den Brief der AKK vom 13. Oktober 1945 antwortete Zoltán Tildy, der nach den Wahlen zur Nationalversammlung vom 4. November 1945 Béla Miklós in seiner Funktion als Mini-

sterpräsident ablöste.⁶⁸ Tildy führte unter anderem aus, daß die von Innenminister Imre Nagy erstellte und die Angaben von 303 419 Personen umfassende Aufstellung „nur eine Schätzung“ darstellt, und es zur Klärung der tatsächlichen Lage noch mindestens 6–7 Wochen bedarf, denn es muß auch in Betracht gezogen werden, daß „viele unter den Ungarndeutschen Beweis für ihre Zugehörigkeit zum Ungarntum abgelegt haben, an linken Bewegungen teilnahmen, und daß weiterhin während des Krieges eine große Anzahl der deutschen Bevölkerung geflohen ist.“⁶⁹

Die betroffene Bevölkerung und ihre nähere Umgebung beschäftigten die Überprüfungen natürlich in hohem Grade, die breitere Öffentlichkeit hatte allerdings sowohl darüber, wie auch über die Probleme im Zusammenhang mit der Aussiedlung keinen Überblick. Charakteristisch ist, daß die Presse über den Beschluß des Ministerrates vom 13. August 1945 nur soviel mitteilte, daß „Berichte von Innenminister Ferenc Erdei und Außenminister János Gyöngyösi in der Angelegenheit der einheimischen Deutschen auf der Tagesordnung des Ministerrates standen.“⁷⁰ Unter solchen Umständen öffnete sich natürlich dem Gerede und verschiedenen Gerüchten, oft feindlicher Absicht und Inhalts, ein weiter Raum. Auch darum konnte der katholische Klerus in dieser Frage zum meinungsbildenden Faktor werden. József Mindszenty wandte sich im Namen des Episkopats am 10. Oktober 1945 im Interesse „einer menschlichen Regelung der deutschen Frage“ an die Regierung.⁷¹ Der Fürstprimas wies in seinem Brief an Béla Miklós darauf hin, daß er schon im Frühjahr – gemeinsam mit dem Erzbischof von Kalocsa und dem Bischof von Székesfehérvár – den Ministerpräsidenten um den Schutz für die „staatsstreuen Deutschen“ gebeten hatte, auf seinen Brief aber keine Antwort erhielt. Mindszenty, dessen Brief nicht im geringsten frei ist von Übertreibungen und Verleumdungen, verteidigt scheinbar, indem er die Ungenauigkeiten und Widersprüche der gültigen Verordnungen geschickt auszunutzen versteht, diejenigen, die „nicht Mitglieder des Volksbundes waren.“ In Wirklichkeit versucht er aber die volksdemokratische Regierung, vor allem aber die kommunistische Partei, zu verunglimpfen, sie vor der Öffentlichkeit unmöglich zu machen. Eine Woche später verurteilt er schon im allgemeinen die Umsiedlungen in einem Hirtenbrief.⁷²

Im Frühjahr-Sommer 1945 begann die Umsiedlung der landlosen und landarmen Bauern, hauptsächlich aus den Gebieten östlich der Theiß und aus Nordungarn auf die während der Bodenverteilung enteigneten oder ausgelösten Besitze. Im wesentlichen parallel dazu verlief die Ankunft geflüchteter ungarischer Familien aus den Nachbarländern. Den größten Teil von ihnen konnte man nur auf den ehemaligen transdanubischen Großgrundbesitzen und den enteigneten Besitzen der Volksbundler ansiedeln. Der große Teil sowohl der inneren wie auch der äußeren Umsiedler erschien mit „leeren Händen“, und war bereit, sich ohne die notwendigsten landwirtschaftlichen Ausstattungen und Gerätschaften ein neues Leben aufzubauen.⁷³ Die „Fremden“ wurden von der örtlichen, deutschen Bevölkerung fast einheitlich feindlich empfangen, worüber man sich nicht zu wundern braucht, denn von den Enteignungen und besonders den Um-

siedlungen wurden in erster Linie sie berührt. Daneben betrieb das Amt für Volksfürsorge die Ansiedlung der Neuankömmlinge oft unvorbereitet, improvisiert und fügte damit beiden Seiten Wunden zu. Damit waren Reibereien auf der Tagesordnung, teilweise bis zur Tötlichkeit ausartende Zusammenstöße, die die Gegensätze zwischen den Nationalitäten verschärften. In den Diskussionen standen die Linksparteien und der Landesrat für Grundbesitzregelungen meistens auf der Seite der Ansiedler, die noch im Staatsapparat verbliebenen Beamten und die Partei der Kleinen Landwirte dagegen mehr auf der Seite der örtlichen Bevölkerung. Die unterschiedene Mehrheit der Ansiedler arbeitete auch unter diesen unerträglichen Bedingungen tüchtig, aber diese positive Bild wurde allerdings davon überschattet, daß einige nur deshalb aus anderen Gegenden des Landes kamen, um „ihr Glück zu probieren.“ Zur Verschwendung, bzw. Zerstörung der materiellen Güter und Werte trug natürlich auch die Bevölkerung deutscher Nationalität ihren Teil bei, vermutlich aus der Überlegung, wenn sie sich ohnehin davon trennen müssen, sollen auch andere nicht daran teilhaben. Im Verlaufe des Jahres 1945 wurden die Behörden und vor allem das Amt für Volksfürsorge der Schwierigkeiten nicht mehr Herr.⁷⁴ Damit trugen sie nicht nur zur Vertiefung der gesellschaftlich-politischen Spannungen, sondern auch zur Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Produktion, nicht selten sogar zu deren Unterlassung bei.⁷⁵ Dies geschah noch dazu zu einem Zeitpunkt, in dem zu den größten Sorgen der volksdemokratischen Regierung die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung gehörte. Die Situation, bzw. Zukunft der Bevölkerung deutscher Nationalität war damit nicht nur eine außenpolitische, sondern auch eine innenpolitische Frage, und innerhalb der letzteren auch ein Produktionsproblem.

Die AKK befaßte sich auf ihrer Sitzung vom 28. November 1945 mit der Aussiedlung der Ungarndeutschen.⁷⁶ Marschall Woroschilow informierte die Generäle Key und Edgecumbe über den Beschluß des Alliierten Kontrollrates (AKR) in Deutschland vom 20. November 1945, nach der eine halbe Million Einwohner deutscher Nationalität aus Ungarn in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands zu übersiedeln sind. Woroschilow unterbreitete im Zusammenhang mit der Durchführung der Aussiedlung folgenden Terminplan: 10% der auszusiedelnden Deutschen sind im Dezember 1945, 5% im Januar 1946, 5% im Februar, 15% im März, 15% im April, 20% im Mai, 20% im Juni und die verbleibenden 10% im Juli auf die festgelegten Sammelplätze zu leiten. Der Vorsitzende der AKK erwähnte auch, daß die ungarische Regierung im Unterschied zur hier angeführten Anzahl an die Aussiedlung einer wesentlich geringeren Zahl Deutscher denkt. Das amerikanische und britische Kommissionsmitglied hatten zu obigem in der Hauptsache keine Einwände. General Edgecumbe bemerkte alles in allem nur, daß eine Aussiedlung durch Österreich dort wirtschaftliche Probleme verursachen kann, es kann sogar vorkommen, daß ein Teil der Ausgesiedelten versucht, in diesem Land zu bleiben. Auf der Sitzung der AKK wurden noch die Hirtenbriefe von Mindszenty angesprochen, über die die Teilnehmenden der einstimmigen Meinung waren, daß sich der Kardinal nicht in die Politik einmischen solle.⁷⁷

Der Vorsitzende der AKK unterrichtete am 30. November 1945 Ministerpräsident Zoltán Tildy von dem Beschluß des Alliierten Kontrollrates in Deutschland vom 20. November 1945.⁷⁸ Gleichzeitig mit dieser Information forderte Woroschilow die ungarische Regierung auf, den konkreten Plan zur Aussiedlung der deutschen Bevölkerung innerhalb kürzester Zeit anzufertigen.⁷⁹

Die Tildy-Regierung erreichte die Mitteilung der AKK bis zu einem gewissen Grad fast unerwartet. Natürlich war nicht die Tatsache der Aussiedlung unerwartet, mit der die ungarischen Regierungskreise schon seit Monaten rechneten, sondern die sehr hohe Zahl der Auszusiedelnden, die alle vorherigen Vorstellungen übertraf.⁸⁰ Die Unsicherheit um die tatsächliche Anzahl der Bevölkerung deutscher Nationalität verursachte schon während der inneren Umsiedlungen nicht wenig Schwierigkeiten, die Durchführung der Umsiedlung ins Ausland jedoch warf die Möglichkeit außenpolitischer Verwicklungen auf. Im Interesse der Abwendung dieser Gefahr wandte sich Außenminister Gyöngyösi am 1. Dezember 1945 in einer Note an die Budapester Vertreter der alliierten Großmächte,⁸¹ und versuchte, ein reales Bild über die Zahl der aus Ungarn auszusiedelnden Deutschen zu zeichnen sowie gleichzeitig – mit Zustimmung Zoltán Tildys⁸² – den Standpunkt der ungarischen Regierung zur Aussiedlung zu beleuchten. Nach Meinung des Außenministers berührt die Eigentumskonfiskation 103 000 Personen deutscher Nationalität, d. h. Führer und Mitglieder der Hitlerorganisationen. Wenn diese mit der Anzahl, der den Volksbund unterstützenden Deutschen ergänzt wird, kann die Anzahl der Auszusiedelnden auch dann kaum die Zahl von 200 000 überschreiten. „Auch bei dieser Gelegenheit äußert die Regierung des demokratischen Ungarns“, betont die Note zum Schluß, „daß sie sich mit Überzeugung einer Aussiedlung ungarischer Staatsbürger aus rein ethnischen oder Gründen der Abstammung widersetzt. Dies, wie auch jede andere Art der kollektiven Bestrafung, wird von ihr mißbilligt. Darum hält sie es für wünschenswert, wenn nur diejenigen Deutschen unter die Aussiedlung fallen, die mit einer entschiedenen Haltung die ungarische Sache verraten haben und im Dienst des Hitlerismus standen. Die Aussiedlung dieser Personen allerdings betrachtet die ungarische Regierung als unbedingt notwendig . . .“⁸³ Auf das in dieser Note Festgehaltene reagierten die Regierungen der alliierten Großmächte vorerst nicht.

Auf ihrer Sitzung vom 10. Dezember 1945 diskutierte die AKK die praktischen Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung der Aussiedlung der Schwaben. Auf dieser Sitzung brachte Key die Meinung zum Ausdruck, wonach die amerikanischen Besatzungsbehörden vor allem an die Aussiedlung von Bauarbeitern denken, richtiger, deren Ankunft erwarten. Woroschilow betrachtete diesen Anspruch als problematisch, weil die ungarische Bevölkerung deutscher Nationalität zumeist von der Landwirtschaft lebte. Davon abgesehen meinte der Vorsitzende der AKK, daß die Aussiedlung von 300 000 Personen innerhalb kurzer Zeit durchführbar sei, woran das amerikanische Kommissionsmitglied stark zweifelte. Zur Unterstützung seiner Meinung teilte Woroschilow noch mit, daß die Aussiedlung am 15. Dezember 1945 beginnen und täglich 1000

Personen, später auch das Doppelte verschickt werden kann. Über die Interessiertheit der Tildy-Regierung an dieser Angelegenheit stellte er fest, daß aus der Tschechoslowakei eine größere Anzahl Ungarn zu erwarten sei. Danach kamen die Mitglieder der AKK einstimmig überein, die Aussiedlung in humaner Art durchzuführen. Die Ausgesiedelten können ein 100 Kilogrammpaket mit sich führen, die zurückgelassenen Güter übernimmt die ungarische Regierung ohne Kompensation.⁸⁴

Woroschilow übergab am 11. Dezember 1945 an Ministerpräsident Tildy den Brief von General Key, des amerikanischen Vertreters der AKK, der detailliert die Ansprüche enthielt, an denen die Berliner Behörden der Vereinigten Staaten während der Aussiedlungen festzuhalten wünschte.⁸⁵ Der Brief von General Key erwähnt übrigens die Aussiedlung von 300 000 bis 400 000 Schwaben aus Ungarn. Das konnte man natürlich auch so auslegen, daß sich der amerikanische Vertreter der AKK nur im Zusammenhang mit den Aussiedlungen in die Besatzungszone der Vereinigten Staaten äußerte.⁸⁶ Um so mehr, da im Terminplan für die Aussiedlungen, der den Vertretern der alliierten Großmächte bekannt und der auch an die ungarische Regierung weitergeleitet worden war, noch Folgendes stand: „in die amerikanische Zone: ... aus Ungarn 0,5 Millionen.“⁸⁷ Am 20. Dezember 1945 forderte die AKK die ungarische Regierung auf, ihre Beauftragten nach Frankfurt, bzw. Berlin zu schicken, „um in den Fragen in Verbindung mit der Aussiedlung der Ungarndeutschen in die amerikanische Besatzungszone zu entscheiden.“⁸⁸

Die Vorbereitungen der Aussiedlung und die diese regelnde Verordnung wurden von der Regierung – auch wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und der großen Anzahl der Auszusiedelnden – überhastet, im wesentlichen überstürzt erledigt, bzw. ausgearbeitet. Die Verwirrung der Tildy-Regierung wurde noch dadurch erhöht, daß unter den Vertretern der alliierten Großmächte, sogar zwischen Botschafter Schoenfeld und General Key, in dieser Frage keine völlige Übereinstimmung bestand. Die Tildy-Regierung konnte aber nicht unter den verschiedenen Informationen „auswählen“, da für sie – im Sinne des Waffenstillstandsabkommens – allein der offizielle Standpunkt der AKK richtungsweisend war. Dies entschied auch letzten Endes der Ausgang der Diskussion, die sich auf der Ministerratssitzung am 13. Dezember 1945 entfaltet hatte,⁸⁹ auf der der Plan der Regierungsverordnung zur Regelung der Aussiedlung auf der Tagesordnung stand. Außenminister Gyöngyösi legte zwar auch hier die Feststellungen des Memorandums der Vereinigten Staaten vom 12. Juni 1945 dar,⁹⁰ die das Prinzip der kollektiven Verantwortung verurteilen, aber diese verlor angesichts des Beschlusses des Alliierten Kontrollrates in Deutschland vom 20. November 1945 in den Augen der Regierungsmitglieder jegliche Kraft. Damit ist erklärbar, daß die Minister der Partei der Kleinen Landwirte und hauptsächlich die sozialdemokratischen Minister den Text des von Innenminister Imre Nagy vorgelegten Planes zur Kenntnis nahmen. In dieser Weise entstand die Verordnung des Ministerpräsidenten Nr. 12330/1945 über die Aussiedlung der ungarischen Bevölkerung deutscher Nationalität nach Deutschland.

Nach der Regierungsverordnung, die am 29. Dezember 1945 erschien, „ist derjenige ungarische Staatsbürger zur Aussiedlung nach Deutschland verpflichtet, der sich aus Anlaß der letzten Volkszählung deutscher Nationalität bezeichnet oder Deutsch als seine Muttersprache betrachtet hat oder seinen magyarisiert Namen in einen deutschklingenden zurückverwandelte, weiterhin derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war.“ Diese Vorschriften bezogen sich nicht auf die Ehepartner und unmündigen Kinder, die nicht deutscher Nationalität waren sowie auf die mit ihnen in einem gemeinsamen Haushalt lebenden Eltern, wenn diese vor dem 15. Dezember 1945 schon ihr 65. Lebensjahr vollendet hatten. Eine Ausnahme bildeten auch diejenigen, die aktive Mitglieder einer demokratischen Partei oder wenigstens seit 1940 Mitglied einer Gewerkschaft, die zum Verband des Gewerkschaftsrates gehörte, waren. Die Vorschriften der Verordnung brauchten auch nicht auf Personen mit deutscher Muttersprache, aber ungarischer Nationalität angewendet werden, die „glaubwürdig beweisen, daß sie für ihre nationaltreue Haltung zum Ungarntum verfolgt wurden.“⁹¹

Das Eigentum der zur Aussiedlung bestimmten Personen mußte auf Grundlage dieser Verordnung in eine Bestandsliste aufgenommen und gesperrt werden. Die Betroffenen konnten ihren Wohnort nur in Ausnahmefällen und mit polizeilicher Genehmigung verlassen. Die Feststellung, welche Mobilien die zur Aussiedlung Verpflichteten mit sich führen konnten, übertrug die Verordnung dem mit der Durchführung beauftragtem Innenminister.

Die Regierungsverordnung stand zweifellos in Übereinstimmung mit dem im Bescheid der AKK vom 30. November Festgelegtem, brachte aber absolut nicht den offiziellen Standpunkt der Regierung zum Ausdruck, der das Prinzip der kollektiven Verantwortung ablehnte, und noch viel weniger die frühere Auffassung der Koalitionsparteien zur „Schwabensfrage“. Die Verordnung betrachtete die Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität und die deutsche Muttersprache als entscheidendes Kriterium vom Standpunkt der Aussiedlung und durchbrach nur durch Ausnahmen in gewisser Weise das Prinzip der kollektiven Verantwortung. Die Fehler und prinzipielle Unsicherheit der Verordnung gab nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern natürlich auch unter den Koalitionsparteien Anlaß zu Diskussionen und zur Unzufriedenheit.

Die „konsequentesten“ Vertreter der Lösung der deutschen Frage waren unverändert in der Nationalen Bauernpartei zu finden. Den Standpunkt von Imre Kovács, daß die Deutschen „so, wie sie gekommen sind, mit einem Bündel, auch das Land verlassen sollen“, machte sich allerdings ein großer Teil der Mitgliedschaft und der Parteiführer nicht zu eigen.⁹² Trotzdem tat die Bauernpartei außerordentlich wenig mi Interesse einer differenzierteren Behandlung der einheimischen Deutschen und betonte eher die Notwendigkeit und Bedeutung der Umsiedlung. Dem gegenüber wollte die Partei der Kleinen Landwirte die Zahl der Auszusiedelnden auf ein Mindestmaß beschränken.⁹³ Das folgte daraus, daß diese Partei nicht die gleichen Ansichten über Faschismus und Kriegsverbrechen vertrat,

wie die Linksparteien. Besonders hätte sie gern gesehen, wenn sie die „patriotischen“ wohlhabenden deutschen Bauern auf Kosten der dörflichen armen Bevölkerung und der Bergarbeiter in Ungarn halten könne.⁹⁴

Die kommunistische Partei ließ im Zusammenhang mit der Bevölkerung deutscher Nationalität ihren ablehnenden Standpunkt zum Prinzip der kollektiven Verantwortung kaum verlauten. Im Gegenteil, in ihrer Presse und in anderen Erklärungen verblaßten die Klassenstandpunkte der deutschen Frage hinlänglich und damit wurde in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als ob die UKP nach einer „globalen“ Lösung streben würde.⁹⁵ Um so mehr tat jedoch die Partei in der Praxis, um die Arbeiter deutscher Nationalität, vor allem die Bergarbeiter der Wirkung der Aussiedlungsverordnung zu entziehen.⁹⁶ Dessen Bedeutung macht die Tatsache deutlich, daß unter den Ungarndeutschen etwa 60 000 Personen zur Kategorie der Arbeiter und sonstigen Hilfsarbeiter gehörte.⁹⁷ Die kommunistische Partei schenkte aber auch dem Problem besondere Aufmerksamkeit, daß während der Aussiedlungen die nationale Wirtschaft so wenig wie möglich geschädigt werde.⁹⁸

Unter den Koalitionsparteien beschäftigte sich nach wie vor die sozialdemokratische Partei am meisten mit der Frage der Bevölkerung deutscher Nationalität. In dieser Partei wurde selbst der Plan der Regierungsverordnung über die Aussiedlung äußerst scharf kritisiert.⁹⁹ Auf der Sitzung der Parteiführung vom 27. Dezember 1945 bezeichnete Sándor Szalai diese Verordnung als geradezu katastrophal, in erster Linie deswegen, da sie die außenpolitischen Möglichkeiten des Landes und der SdP destruiert.¹⁰⁰ Ferenc Szeder und andere beschuldigten den Generalsekretär und die Minister der Partei der Verletzung der Parteidisziplin, da diese — ohne Befragung der Parteiführung — bei Annahme der Verordnung Zugeständnisse machten. Antal Bán dagegen argumentierte in der Diskussion damit, daß „diese Verordnung im Geiste der Potsdamer Beschlüsse auf ausdrücklichen Wunsch der Alliierten erlassen werden mußte.“ Die Parteiführung nahm letzten Endes den Beschluß an, daß die Zeitung „Népszava“ bei Erscheinen der Verordnung ihre konträre „kritische Stellungnahme“ verlauten läßt, und diese Kritik auch auf den Parteiversammlungen bekanntgemacht wird.¹⁰¹

Die praktischen Vorbereitungen zur Aussiedlung erhöhten nur noch die Unzufriedenheit in der Sozialdemokratischen Partei. Jetzt bildete sich auch schon im Sekretariat die Meinung heraus, daß bis zum Erscheinen der Anweisung des Innenministers die Einstellung der Durchführung gefordert werden muß. Im entgegengesetzten Fall bringt die Sozialdemokratische Partei — da es sich hier um eine Verletzung der Rechte ungarischer Staatsbürger handelt — diese Angelegenheit vor die Nationalversammlung.¹⁰²

Der Protest der sozialdemokratischen Partei trug zweifellos dazu bei, daß die Verordnung, bzw. die Durchführungsbestimmung in der Weise verändert wird, daß sie besser dem Anspruch einer differenzierteren Behandlung der Bevölkerung deutscher Nationalität gerecht wird. Im Januar 1946 wurde ein Übereinkommen unter den Koalitionsparteien getroffen, die beanstandeten Teile mit einer Ergänzungsverordnung zu regeln.¹⁰³

Die Regierung der Vereinigten Staaten teilte in ihrer Note vom 2. Januar 1946 mit,¹⁰⁴ daß die Stellungnahme des AKR in Deutschland vom 20. November 1945 für die ungarische Regierung keine verpflichtende Vorschrift bedeutet, d. h. nicht jeder Deutsche auszusiedeln ist. Die Vereinigten Staaten von Amerika würden es sogar entschieden für günstig erachten, wenn „die ungarische Regierung aus eigener Initiative“ die Anzahl der auszusiedelnden Deutschen verringern würde. „Die Meinung der Regierung der Vereinigten Staaten hat sich hinsichtlich dessen“, betont die Note, „daß das Prinzip der kollektiven Verantwortung nicht für eine ganze Volksgruppe, wie sie die Ungarndeutschen bilden, anwendbar ist, und zwar nur deswegen, weil einzelne Mitglieder dieser Gruppe an nazistischen Tätigkeiten teilhatten. Es ist die Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten, daß eine Volksgruppe, wie die Ungarndeutschen, aus solchen Gründen nicht mit einer Aussiedlung bestraft werden kann.“¹⁰⁵ Die amerikanische Haltung in dieser Angelegenheit war also zumindest zweideutig, denn wie könnte man sonst erklären, daß man einerseits auf der Beratung der Vertreter der alliierten Großmächte den härtesten Maßnahmen in Verbindung mit der Aussiedlung zustimmt, andererseits aber die ungarische Regierung, die dabei noch nicht einmal im vollen Besitz ihrer Souveränität war, zu deren Milderung ermuntert. Die Widersprüche, die im Standpunkt und der Haltung der Vereinigten Staaten zu erkennen sind, nahm das ungarische Außenministerium nicht nur wahr, sondern teilte sie in einer Note vom 22. Januar 1946 auch Botschafter Schoenfeld mit. Unter anderem ist hier folgendes dargelegt: „Angesichts dessen, daß auf die Note, die in der Angelegenheit der Aussiedlung der Deutschen übersandt wurde, allein von seiten der Regierung der Vereinigten Staaten eine Antwort, datierend vom 2. Januar 1946, gegeben wurde, die Alliierte Kontrollkommission dagegen nachdrücklich auf eine schnelle Durchführung der noch im Monat Dezember zu beginnenden Aussiedlung von 500 000 Ungarndeutschen, die auf der Sitzung des Alliierten Kontrollrates in Deutschland vom 20. November 1945 festgelegt worden war, drängte, erließ die ungarische Regierung am 29. Dezember 1945 die hiermit übergebene Verordnung.“¹⁰⁶

Die diplomatischen Verwicklungen in Verbindung mit der Regelung der Aussiedlungen waren allerdings mit dem obigen Notenwechsel noch längst nicht beendet. Einige Tage später erhob General Key Protest, denn aus der Formulierung der Präambel der Verordnung Nr. 12330/1945 des Ministerpräsidenten werde deutlich, als ob die Aussiedlung der Bevölkerung deutscher Nationalität in Durchführung des Beschlusses des Alliierten Kontrollrates in Deutschland vom 20. November 1945 geschähe.¹⁰⁷ Die Präambel der Verordnung beinhaltete nämlich folgendes: „Das Ministerium ordnet aufgrund ihrer durch § 15 des Gesetzesartikels Nr. XI von 1945 geregelten Vollmachten in der Angelegenheit der Durchführung des vom 20. November 1945 datierten Beschlusses des Alliierten Kontrollrates über die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland Folgendes an . . .“¹⁰⁸ Woroschilow stellte in seinem Brief vom 25. Januar 1946 an Ministerpräsident Tildy – in Übereinstimmung mit

General Key – fest, daß „die Entscheidung des Alliierten Kontrollrates in Deutschland nur die Erfüllung der Bitte der ungarischen Regierung darstellt“,¹⁰⁹ und gab seinem entschiedenen Wunsch Ausdruck, daß die Präambel der Verordnung in diesem Sinne abgeändert werde.¹¹⁰ Auf Grundlage dieses Briefes zog Außenminister Gyöngyösi die Schlußfolgerung, daß „eine Interpretation des Potsdamer Beschlusses durch die ungarische Regierung, nach der im Sinne des Beschlusses der Hauptmächte, die mit Ungarn einen Waffenstillstand schlossen, eine kollektive Aussiedlung der Deutschen aus ungarischem Gebiet zu erfolgen habe, falsch gewesen ist.“¹¹¹ Er war der Meinung, daß bei der Aussiedlung die in der Note vom 5. Juli 1945 bezeichneten etwa 200 000 Personen als maßgebend betrachtet werden müssen. Die Überzeugung des Außenministers wurde dadurch verstärkt, daß auch Botschafter Schoenfeld die Regierungsverordnung über die Aussiedlung bemängelte, da in ihr die Ablehnung des Prinzips der kollektiven Verantwortung nicht deutlich zum Ausdruck gelangt, und die für die Aussiedlung eine Erklärung gibt, wodurch „in der Frage der Aussiedlung der Ungarndeutschen die Initiative und Verantwortung auf die Vereinigten Staaten abgewälzt würde.“¹¹² Zur Beseitigung der Mißverständnisse erwartete Schoenfeld, daß der ungarische Außenminister in einer Note die früheren Mitteilungen der Vereinigten Staaten zum Prinzip der kollektiven Verantwortung rückbestätige. Diesem Wunsch entsprach Außenminister János Gyöngyösi am 22. Februar 1945: „Herr Botschafter! In Bezugnahme auf unser Gespräch, das aus Anlaß Ihres letzten Besuches in der Angelegenheit der Aussiedlung der Deutschen geführt wurde, habe ich die Ehre mitzuteilen, daß die Ungarische Regierung bei der Anordnung der Aussiedlung der Deutschen in Kenntnis dessen war, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu einer Anwendung des Prinzips der kollektiven Verantwortung eine verurteilende Auffassung hat. Auf der Sitzung des Ministerrates vom 13. Dezember 1945, die sich mit der Aussiedlung der Deutschen beschäftigte, informierte ich detailliert über den abweisenden Standpunkt der Regierung der Vereinigten Staaten zum Prinzip der kollektiven Verantwortung, der im Memorandum vom 12. Juni 1945 zum Ausdruck kam und der zuletzt in der amerikanischen Note, datiert vom 2. Januar 1945, bekräftigt wurde.“¹¹³

Die zu erwartende umfangreiche Aussiedlung der ungarischen Bevölkerung deutscher Nationalität beschäftigte auch die österreichischen Regierungskreise ernsthaft.¹¹⁴ Mehrmals – so auch Anfang Januar 1946 – erklärten sie, daß Österreich nicht in der Lage ist, für durchfahrende Züge Lokomotiven, für Lokomotiven Kohle und für die Aussiedler Lebensmittel abzusichern. Noch mehr waren sie allerdings darüber besorgt, daß die Vereinigten Staaten die aus Ungarn auszusiedelnden Deutschen teilweise auf österreichischem Gebiet ansiedeln könnten, was für Österreich – so das österreichische Außenministerium – einen „unerträglichen Zustand hervorrufen würde.“¹¹⁵ Hauptmann L. Brankov, der Sekretär der jugoslawischen politischen Mission, brachte in der zweiten Hälfte des Januar 1946 seinen Protest darüber zum Ausdruck, daß auch in deutsch-südslawischer gemischter Ehe lebende Slawen ausgesiedelt werden.¹¹⁶

Seiner Meinung nach kann solches Unrecht zu einer Verschlechterung des guten Verhältnisses zwischen Jugoslawien und Ungarn führen.

Das mit der Aussiedlung der Ungarndeutschen beauftragte Amt für Volksfürsorge ging ab Anfang Dezember 1945 mit größerem Elan an die Vorbereitung bzw. Durchführung der Umsiedlungen. Nach dem Plan des Amtes für Volksfürsorge hätten bis zum 1. August 1946 monatlich 25 000 – 75 000, d. h. insgesamt etwa 450 000 Deutsche das Land verlassen müssen.¹¹⁷ Die Aussiedler wollte man zwischen Sopron und Elek in 21 Lagern in Gemeinden und größeren Ansiedlungen, die sich in der Nähe der Verladestationen der Eisenbahn befanden, zusammenfassen. Wegen der Diskussionen zwischen den Koalitionsparteien über den Beschluß des AKR in Deutschland vom 20. November und über die Auslegung der vom 29. Dezember datierten Regierungsverordnung zur Regelung der Aussiedlung sowie wegen der internationalen Probleme konnte die erste Umsiedlungsgruppe erst im Januar 1946 von Budaörs in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands abgehen, gegenüber den ursprünglich geplanten 25 000 gingen im Laufe des Monats allerdings nur 3 866 Personen.¹¹⁸ Die Anzahl der Ausgesiedelten erhöhte sich zwar im Verlaufe der folgenden Monate bedeutend und erreichte im Mai mit 49 011 Personen den Höhepunkt, aber auch damit konnte das Amt für Volksfürsorge seinen Plan nicht im entferntesten erfüllen.¹¹⁹

Die AKK verfolgte die Vorbereitungen der Tildy-Regierung in der Frage der Aussiedlungen mit Aufmerksamkeit und beschäftigte sich fast auf jeder Sitzung mehr oder weniger detailliert mit der Angelegenheit der ungarischen Bevölkerung deutscher Nationalität. Auf der Sitzung vom 28. Dezember 1945 berichtete Woroschilow darüber, daß bis zu diesem Zeitpunkt 7 Züge – drei durch die Rote Armee, vier von der MÁV (Ungarische Staatsbahn – vorbereitet wurden, und diese jetzt nur noch auf die Erlaubnis der amerikanischen Besatzungsbehörden zum Abgang warten. General Key nahm diese Mitteilung ungläubig auf und „offerierte Whisky für Wodka“, daß die ungarische Regierung in Wirklichkeit noch nicht auf die Aussiedlung vorbereitet ist und es bis zum Erhalt der Abgangsgenehmigung auch nicht sein wird.¹²⁰ Auf der Sitzung vom 7. Januar 1946 konnte die AKK allerdings schon konstatieren, daß die Aussiedlung der Schwaben „beschleunigt wurde“. ¹²¹ Zwei Wochen später, auf der Sitzung vom 25. Januar 1946, hatte General Key zwar zur Auswahl der Ausgesiedelten Einwände, war aber gleichzeitig mit sonstigen Belangen der Vorbereitung zufrieden.¹²² Am 6. März 1946 stellte die AKK fest, daß schon „15 Züge“ mit Deutschen abgegangen sind.¹²³ Das Protokoll über die Sitzung der AKK vom 23. April 1946 erwähnt die Aussiedlung von 41 500 Einwohnern deutscher Nationalität.¹²⁴ Auf die Ankündigung von Woroschilow, wonach in den folgenden Tagen weitere zwei Züge abgehen könnten, gab General Key allerdings eine ausweichende Antwort, sich darauf berufend, daß er zuvor die Zustimmung von den zuständigen amerikanischen Behörden dafür erbittet.

Ab April-Mai 1946 übten die Budapester diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten, bzw. die amerikanischen Behörden in Deutsch-

land im Interesse einer Verlangsamung der Aussiedlung und einer Verringerung der Anzahl der Auszusiedelnden auf die ungarischen Regierungsorgane zunehmend Druck aus. In den Frühjahrsmonaten des Jahres 1946 wurde völlig deutlich, daß die Aussiedlung der Ungarndeutschen bis zum 1. August 1946 – dem durch die AKK festgelegtem Zeitpunkt – nicht abzuwickeln war. Gleichzeitig wurden die Probleme und Beschwerden der von ihren Wohnorten schon fortgebrachten und zum größten Teil in Lagern zusammengefaßten Menschen nur noch weiter verstärkt, wodurch die auch so schon bestehenden gesellschaftlichen Spannungen äußerst erhöht wurden, ganz zu schweigen von den materiellen Verlusten, die mit den Umsiedlungen fast unvermeidbar einhergingen und die nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern die letztlich auch die Bevölkerung des ganzen Landes heimsuchten. Dadurch kamen natürlich die früheren Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition in der Beurteilung der Bevölkerung deutscher Nationalität und in der Frage der Aussiedlung wieder an die Oberfläche.

Die Mitglieder der Koalition – mit Ausnahme der Bauernpartei – waren sich im wesentlichen klar darüber, daß große Massen der einheimischen Deutschen wahrscheinlich gar nicht mehr ausgesiedelt werden können.¹²⁵ Daraus zogen sie für sich solche Schlußfolgerungen, daß vor allem solche Gruppen der deutschen Bevölkerung in Schutz genommen werden müssen, die man in erster Linie im Land zu behalten wünschte. Die Partei der Kleinen Landwirte bemühte sich, außer den wohlhabenden deutschen Bauern in erster Linie diejenigen vor der Aussiedlung zu bewahren, die sich aus Anlaß der letzten Volkszählung ungarischer Nationalität betrachtet hatten. In Wirklichkeit hatten allerdings die Führer der Partei der Kleinen Landwirte – mit Ministerpräsident Ferenc Nagy an der Spitze – die Aussiedlungen im Frühjahr 1946 am liebsten beendet.¹²⁶ Die kommunistische Partei drängte auf eine Überprüfung der Pläne des Amtes für Volksfürsorge und wollte Bevölkerung deutscher Nationalität vor allem aus den westlichen Grenzgebieten und aus anderen Landwirtschaftsbezirken, die vom Standpunkt der inneren Umsiedlungen in Frage kommen, aussiedeln.¹²⁷ Die kommunistische Partei betrieb gleichzeitig damit die Nichtaussiedlung der unteren Schichten der Bauernschaft – gegenüber den reichen Bauern. Die Koalitionsparteien versuchten in Verbindung mit der Weiterführung der Aussiedlungen einen gemeinsamen Standpunkt auf den Besprechungen der Koalitionsparteien im April 1946 herauszubilden, der letztlich als Übereinkunft zustandekam, wonach Personen deutscher Muttersprache nur in den Fällen aus Ungarn ausgesiedelt werden können, wenn sie bewiesenermaßen die Organisation des Volksbundes und die Kriegspolitik Hitlerdeutschlands unterstützt hatten.¹²⁸ Nach der Übereinkunft der Koalitionsparteien war die am häufigsten angewandte Methode der Rettungsaktion der Partei der Kleinen Landwirte die, daß sie die zur Aussiedlung bestimmten Personen mit Parteiausweisen versah und ihnen solche Bescheinigungen aushändigte, wonach die Betroffenen schon seit 5–6 Jahren Mitglieder der Partei wären.¹²⁹ Durch diese Methode wurden sie im wesentlichen dem Kreis derer, die ausgesie-

delt werden können, entzogen. In der Praxis der Sozialdemokratischen Partei war diese Methode allerdings auch nicht ganz unbekannt.

Von Ende Juni 1946 bis November wurde praktisch keine Aussiedlung von Bevölkerung deutscher Nationalität aus Ungarn vorgenommen.¹³⁰ Der Grund dafür war, daß die Vereinigten Staaten die Aussiedlung an neuerliche Bedingungen – in der Mehrheit materielle und technische – banden, die die ungarische Regierung auch dann nicht hätte erfüllen können, wenn sie es unbedingt gewollt hätte.¹³¹ So forderte G. H. Weems, der Nachfolger von General Key, auf der Sitzung der AKK vom 16. August 1946, daß die ungarische Regierung jedem Ausgesiedelten eine, 500 Mark äquivalente Summe in konvertierbarer Valuta übergeben solle. Auch hier entstand die Frage, was mit der noch in Ungarn verbliebenen Bevölkerung deutscher Nationalität geschehen soll. W. P. Swiridow war der Meinung, daß die Aussiedlung auch 1947 weitergeführt werden muß, weil seines Wissens keine vorher festgelegte zeitliche Grenze für die Durchführung der Aussiedlung bestand. Auf der Sitzung der AKK vom 14. September 1946 entstanden neuerliche Meinungsverschiedenheiten über die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung. Weems beanstandete, daß den amerikanischen Beauftragten nicht erlaubt wurde, bei der Verladung der Schwaben in Városlód anwesend zu sein, und die Tildy-Regierung auch die, 500 Mark entsprechende Summe nicht absichern konnte. General Edgecumbe warf in bezug auf einen neuerliche Protest von Kardinal Mindszenty auf, daß man publizieren müßte, daß die Aussiedlung auf Initiative der ungarischen Regierung geschah, bzw. geschieht.¹³²

Die Beauftragten des ungarischen Außenministeriums und der Militärregierung der Vereinigten Staaten in Deutschland fixierten am 1. September 1946 in einem Separatabkommen die Durchführung, bzw. Weiterführung der Aussiedlungen.¹³³ Das Abkommen regelte detailliert die Bedingungen der Aussiedlung, mit besonderer Rücksicht auf Transport-, soziale, medizinische und humane Gesichtspunkte.¹³⁴ Die amerikanischen Behörden übernahmen die Aufnahme von neuerlich 90.000 Personen deutscher Nationalität zwischen dem 1. September 1946 und dem 1. April 1947.¹³⁵ Aber bis Dezember 1946 verließen nur insgesamt 24 789 Personen das Land und damit wurden auch die Aussiedlungen in die amerikanische Besatzungszone im wesentlichen beendet. Was bedeutete, daß vom Januar bis Dezember 1946 – nach den Angaben des Amtes für Volksfürsorge – 135 655 Personen deutscher Nationalität aus Ungarn in die deutsche Besatzungszone der Vereinigten Staaten, auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland übersiedelten.¹³⁶

Ab Frühjahr 1947 kam es zur neuerlichen Aussiedlung von Gruppen deutscher Bevölkerung, jetzt aber nicht mehr in die amerikanische Besatzungszone, sondern in die sowjetische.¹³⁷ Im Verlauf des August übersiedelten 8 846 Ungarndeutsche auf das Gebiet der jetzigen Deutschen Demokratischen Republik,¹³⁸ ihre Zahl näherte sich während der späteren weiterlaufenden Umsiedlungen der Zahl von 50 000 an.¹³⁹ Bei diesen Umsiedlungen spielte auch eine Rolle, daß die Ansiedlung der aus der Tschechoslowakei geflüchteten, bzw. ausgesiedelten ungarischen Familien der

volksdemokratischen Regierung immer ernstere Sorgen und Probleme verursachte. Mit diesem Zwang ist auch in erster Linie die entschiedenere Durchführung der Regierungsbestimmungen zur Konzentrierung der Bevölkerung deutscher Nationalität – die bis dahin in mehreren Orten auf dem Papier geblieben war zu erklären. Zwischen April und August 1947 wurden durch die Konzentrierung, bzw. innere Umsiedlung 3453 Wohnhäuser von 5 192 deutschen Familien in Ungarn freigemacht.¹⁴⁰ Auch diese inneren Umsiedlungen waren im Frühjahr-Sommer 1948 beendet.

Ab Mitte des Jahres 1948 – in engem Zusammenhang mit den Veränderungen in der internationalen Lage und in der Entwicklung der ungarischen Volksdemokratie – erlöschten in Ungarn die Beschränkungen der Menschen – und staatsbürgerlichen Rechte der Bevölkerung deutscher Nationalität. Die Verfassung von 1949 fixierte die Gleichberechtigung der hier lebenden Nationalitäten.¹⁴¹ wodurch auch eine schwere und schmerzliche Periode in der Geschichte der einheimischen Deutschen abgeschlossen wurde. Die Umsiedlungsmaßnahmen, die entscheidend in Ausföhrung der internationalen Vorschriften bewerkstelligt wurden, und auch deren Folgen – die Tausenden und Zehntausenden von politisch unschuldigen Menschen Unrecht zufügten – begleiteten und komplizierten aber noch für eine sehr lange Zeit nicht nur die innenpolitischen Verhältnisse, sondern auch die internationale Lage des Landes.

ANMERKUNGEN

¹ Nemzetközi szerzödések 1918–1945 (Internationale Verträge). Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1966. S. 643; vgl. Handbuch der Verträge 1871–1964, hsg. H. Stoecker, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1968, S. 380.

² Die am 14. August 1941 entstandene Atlantikcharta und die Washingtoner Deklaration vom 1. Januar 1942 erwähnt noch nicht die Verantwortung des deutschen Volkes oder anderer Völker für den Krieg, und auch nicht, daß diese zur Verantwortung gezogen werden. (Internationale Verträge 1918–1945, S. 516–520 und S. 523 f.) Die gemeinsame Deklaration, die auf der Moskauer Konferenz (19.–30. Oktober 1943) angenommen wurde und welche die Frage der Verantwortung konkret berührt, stellt Folgendes fest: „Sobald irgendeiner in Deutschland gebildeten Regierung ein Waffenstillstand gewährt werden wird, werden jene deutschen Offiziere, Soldaten und Mitglieder der Nazipartei, die für die obigen Grausamkeiten, Massaker und Exekutionen verantwortlich gewesen sind oder an ihnen zustimmend teilgehabt haben, nach den Ländern zurückgeschickt werden, in denen ihre abscheulichen Taten ausgeübt wurden, um gemäß den Gesetzen dieser befreiten Länder und der freien Regierungen, welche in ihnen errichtet werden, vor Gericht gestellt und bestraft zu werden.“ (Internationale Verträge, S. 551; vgl. Handbuch der Verträge, S. 329 f. Gleichzeitig enthielt die Teheraner Deklaration der alliierten Großmächte u. a. das Folgende: „Wir anerkennen in vollem Umfang die höchste Verantwortung, die wir und alle Vereinten Nationen tragen, einen Frieden herzustellen, der von dem guten Willen der überwältigenden Massen der Völker der Welt getragen werden und Geißel und Schrecken des Krieges für viele Generationen bannen wird.“ (Internationale Verträge, S. 554; vgl. Handbuch der Verträge, S. 331) Die Jaltaer Deklaration beinhaltet neben der Bestrafung des deutschen Nazismus und Militarismus auch einen entschiedenen Aufruf an die deutsche Nation, daß sie die Folgen der Niederlage auf sich nehmen muß: „Das nationalsozialistische Deutschland ist dem Untergang geweiht. Dem deutschen Volk wird seine Niederlage nur noch teurer zu stehen kommen, wenn es versucht, den hoffnungslosen Widerstand fortzusetzen.“ (Internationale Verträge, S. 587; vgl. Handbuch der Verträge, S. 337) Aber hier ist nicht die Rede von einer kollektiven Verantwortung, was auch aus dem Folgenden eindeutig hervorgeht: „Es ist nicht unsere Absicht,

das deutsche Volk zu vernichten, doch nur dann, wenn Nazismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und auf einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.“ (Internationale Verträge, S. 590; vgl. Handbuch der Verträge, S. 337)

³ „Churchill und Roosevelt formulierten die Atlantikcharta und äußerten darin, daß England und die Vereinigten Staaten nach dem Sieg über Deutschland und seine Verbündeten nach einem gerechten und demokratischen Frieden strebt. Dies drückte nicht die wirklichen Absichten der beiden Regierungen aus, sondern war nur ein Propagandazug, mit dem sie die Völker zur Unterstützung der Kriegsführung bringen wollten.“ (V. G. Truhánovszkij: Winston Churchill. Politikai életrajz (Winston Churchill, Politische Biographie), Kossuth Könyvkiadó, 1976, S. 301).

⁴ Internationale Verträge 1918–1945, S. 644; vgl. Handbuch der Verträge, S. 380.

⁵ Die Meinung über die Verantwortung des Volkes für den Krieg kam in eigenartiger Weise gerade in Verbindung mit Ungarn in einem Brief vom Volkskommissar für Äußeres, W. M. Molotow, vom 7. Juni 1943 an den britischen Botschafter in Moskau, A. C. Kerr, zum Ausdruck: „Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß für die bewaffnete Hilfe, die Ungarn Deutschland leistete sowie für die Morde und Gewaltakte, Plünderungen und Schändungen, die in den besetzten Gebieten verübt wurden, nicht nur die ungarische Regierung die Verantwortung tragen muß, sondern in kleinerem oder größerem Maße auch das ungarische Volk.“ (Magyar–brit titkos tárgyalások 1943-ban [Ungarisch–britische Geheimverhandlungen 1943], zusammengestellt, zum Druck vorbereitet und die einführende Abhandlung geschrieben von Gyula Juhász, Kossuth Könyvkiadó, 1978, S. 158 f.) In Verbindung mit der Verantwortung des deutschen Volkes stellen die Autoren des Werkes „Die Lehren der deutschen Geschichte“ unmittelbar nach Beendigung des zweiten Weltkrieges u. a. Folgendes fest: „Es ist keine leichte Aufgabe, die feigen Versuche derjenigen antifaschistischen Elemente zu entlarven, die über die Frage der Verantwortung hinwegleiten, die auf unserer Arbeiterklasse und unserem Volk für den Krieg gegen die Sowjetunion lastet. Diese Menschen sagen: nur die Nazis sind verantwortlich für den Krieg gegen die Sowjetunion. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Nazischufte verantwortlich sind. Aber unserer Meinung nach sind auch die mitverantwortlich, deren Passivität und Schweigen in Wirklichkeit Unterstützung zum Verbrechen war. Derjenige, der jetzt noch schweigt, entlarvt sich als Beteiligter an den Naziverbrechen. Der sich in seinen vier Wänden verkriechende Antifaschismus, der nicht in Handlungen zum Ausdruck kam, ist Kapitulation, und absolut nicht als Antifaschismus zu bezeichnen. Wir brauchen keinen kläglichen, platonischen Antifaschismus, sondern kämpferischen und wirksamen Antifaschismus.“ (Gerhart Eisler, Albert Norden, Albert Schreiner: A német történelem tanulsága [Die Lehren der deutschen Geschichte], Szikra, 1950, S. 198) Der oberen ähnliche Ansichten widerspiegeln sich auch in dem Buch von Alexander Abusch: Egy nemzet tévútja. Adalékok a német történelem megértéséhez [Irrweg einer Nation, Beiträge zum Verständnis der deutschen Geschichte] (Kossuth Könyvkiadó, 1963, S. 298). Genau diesen Standpunkt vertritt auch der Aufruf der Deutschen Kommunistischen Partei vom 11. Juni 1945, der in erster Linie die Kommunisten dafür verurteilt, daß ihre reihenweise begangenen Fehler die Errichtung der antifaschistischen Einheitsfront und die Vermeidung der Situation verhinderten, in die zu Ende des zweiten Weltkrieges das deutsche Volk gelangte. (Wilhelm Pieck: A Német Kommunista Párt 30 éves harca [30 Jahre Kampf der Deutschen Kommunistischen Partei], Szikra, 1950, S. 48.)

⁶ Internationale Verträge 1918–1945, S. 656; vgl. Handbuch der Verträge, S. 388.

⁷ Tilkovszky, Lóránt: Ez volt a Volksbund. A német népesorportolitika és Magyarországon. (Das war der Volksbund. Die deutsche Volksgruppen-Politik und Ungarn). Kossuth Könyvkiadó, 1978, S. 205–207.

⁸ Eduard Beneš: Paměti, Praha 1947, S. 285.

⁹ Das Gesamtvolumen der durch Ungarn strömenden deutschen Volksbewegung lag etwa bei 250 000 Personen (Tilkovszky, Lóránt: Das war der Volksbund, S. 353)

¹⁰ Die Zahl der aus Polen und der Tschechoslowakei geflohenen, bzw. ausgesiedelten Deutschen übersteigt 8 Millionen.

¹¹ Landesarchiv (im weiteren LA), M. I/II–28.

¹² Ferenc Bartosek, der Hauptredakteur der in Ungarn erscheinenden slowakischen Zeitung „Sloboda“ schrieb in einem Artikel, der in der „Národná Obroda“, der Zeitung des Slo-

- wakischen Nationalrates erschien, offen, daß der Beschluß der Potsdamer Konferenz ermöglicht, daß „die ausländischen Ungarn“ den Boden der Schwaben erhalten können, der im übrigen in Ungarn bis heute noch nicht enteignet ist.“ (Národna Obroda, 10. September 1945)
- ¹³ „Zuerst zu Anfang der 20-er Jahre, als die ungarischen herrschenden Kreise denjenigen Ungarndeutschen, die „pangermanische Lehren anzunehmen wünschten“, doch mehr nur drohten. Später, nach der Weltwirtschaftskrise von 1929–1933, warf ein Teil der Volksschriftsteller den Gedanken der Aussiedlung auf. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges und in der Zeit des Krieges erneuerten die Gruppe um Horthy sowie die von Endre Bajcsy-Zsilinszky den Gedanken der Aussiedlung. Aber auch die Pfeilkreuzler hatten globale Aussiedlungspläne.“ (Fehér, István: Adatok és tények a magyarországi németek történetéből a felszabadulástól a potsdami értekezletig. Magyarország felszabadulás utáni politikai történetéhez [Beiträge und Tatsachen aus der Geschichte der Ungarndeutschen von der Befreiung bis zur Potsdamer Konferenz, Zur politischen Geschichte Ungarns nach der Befreiung], Tanulmányok [Aufsätze], redigiert von Lajos Izsák und Mihály Korom, Tudományos Szocializmus Füzetek, 51. S. 44)
- ¹⁴ Magyar–szovjet kapcsolatok, 1945–1948, Dokumentumok (Ungarisch–sowjetische Beziehungen, 1945–1948, Dokumente), Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik und Außenministerium der Sowjetunion, Alföldi Nyomda Debrecen, o. J., S. 36
- ¹⁵ Tilkovszky, Loránt: Das war der Volksbund, S. 48.
- ¹⁶ Ránki, György: 1944. március 19. (Magyarország német megszállása) (19. März 1944 [Die deutsche Besetzung Ungarns]), Kossuth Könyvkiadó, 1968, S. 113–138.
- ¹⁷ LA M. 1/II–28.; Die Verordnung Nr. 302/1945 des Ministerpräsidenten über die Internierung der deutschen Staatsbürger erschien am 20. Februar 1945. Dieser Regelung ging allerdings noch die Verordnung Nr. 81/1945 des Ministerpräsidenten über die Volksjustiz vom 25. Januar 1945 voraus, die u. a. besagte, daß derjenige ein Kriegsverbrecher ist, „der als ungarischer Staatsbürger in die deutsche Armee oder den Sicherheitsdienst (SS, Gestapo usw.) eingetreten ist.“
- ¹⁸ LA M. 1/II–28.
- ¹⁹ Ungarisch-sowjetische Beziehungen 1945–1948, S. 102.
- ²⁰ „Magyar Közlöny“, Nr. 10, 1945
- ²¹ In Verbindung mit der Bödenverteilung, bzw. den Ansiedlungen wurden unter der Ägide des Landesrates für Grundbesitzregelungen Internierungslager aufgestellt. Unter diesen war das von Bonyhád das größte, das etwa 20 000 Bewohner hatte. (LA M. 1/II–28)
- ²² Fehér, István: Beiträge und Tatsachen aus der Geschichte der Ungarndeutschen, S. 45f. und 52–54.
- ²³ Archiv des Instituts für Parteigeschichte (im weiteren PI Arch.) 2/15–5.
- ²⁴ PI Arch. 2/15–5.
- ²⁵ „Szabad Nép“, 18. April 1945. Diese Meinung wurde nicht überall in den Provinzorganisationen der Partei geteilt. So rief das Pécs-er Gebietskomitee die Aufmerksamkeit des Parteizentrums auf Folgendes auf: „Es wäre ein politischer Fehler, die Schwaben in einen Topf zu werfen. Es gibt viele unter ihnen, die aktiv gegen den Volksbund gekämpft haben.“ (PI Arch. 2/5–15)
- ²⁶ „Kis Újság“, 18. April 1945. Nicht viel später kam diese Zeitung nochmalig auf dieses Thema zurück und schreibt in dem Artikel „Über die Schwabenfrage“: „Man kann alle Maßnahmen nur gutheißen, durch die die einheimischen Schwaben, die sich bei der letzten Volkszählung noch so stolz deutscher Nationalität bezeichnet haben, in ihre ‚Urheimat‘ zurückgesiedelt werden, in die sie sich so sehr wünschten, als das Dritte Reich noch seine Glanzzeit durchlebte.“ („Kis Újság“, 26. April 1945)
- ²⁷ „Kis Újság“, 29. April 1945.
- ²⁸ PI Arch. 285/2–18.
- ²⁹ PI Arch. 285/2–18.
- ³⁰ Balogh, Sándor: A Magyar Kommunista Párt értelmiségi politikájának felszabadulás utáni történetéből (Aus der Geschichte der Intellektuellenpolitik der Ungarischen Kommunistischen Partei nach der Befreiung), Századok, 99., Jhg. S. 457.
- ³¹ Fehér, István: Beiträge und Tatsachen aus der Geschichte der Ungarndeutschen, S. 50.
- ³² „Magyar Közlöny“, Nr. 26, 1945
- ³³ PI Arch. 253/1–5.
- ³⁴ PI Arch. Fond 284, Bd. XIII.

- ³⁵ *Tilkovszky, Lóránt*: Das war der Volksbund, S. 67 und 249.
- ³⁶ Ebenda, S. 329f.
- ³⁷ *Nagy, Ferenc*: The Struggle behind the Iron Curtain, New York, 1948, S. 132.
- ³⁸ PI Arch. Fond 284, Bd. XIII.; Dieser Standpunkt widerspiegelt sich auch in der Stellungnahme der „Szabad Szó“ vom 17. Mai 1945: „Unsere eigenen Maßnahmen müssen mit den allgemeinen Maßnahmen, die auf eine Lösung der deutschen Frage abzielen, in Übereinstimmung gebracht werden. Mit einer einseitigen ungarischen Aktion kann man diese Frage nicht anfassen. Unsere ungarntreuen, demokratisch gesinnten deutschen Landsleute müssen nach einer erfolgten, strengen Auswahl hier behalten werden.“
- ³⁹ „Kis Újság“, 27. Mai 1945.
- ⁴⁰ LA M. 1/II – 28.
- ⁴¹ Auf Grundlage der erreichbaren Schriftstücke ist nicht feststellbar, ob die AKK oder die Vertreter der Provisorischen Nationalregierung eine Besprechung über die ungarische Aussiedlung der Bevölkerung deutscher Nationalität initiierten.
- ⁴² LA M. 1/II – 28.
- ⁴³ *Fehér, István*: A bonyhádi hűségmozgalom történetéhez (Zur Geschichte der Bonyhader Treuebewegung), Handschrift in der Bibliothek des Informations- und Weiterbildungsinstituts für Wissenschaftlichen Sozialismus.
- ⁴⁴ *Tilkovszky, Lóránt*: Das war der Volksbund, S. 279.
- ⁴⁵ Für die Führer des Volksbundes bedeutete ein ständiges Problem, daß sie in dem durch Trianon festgelegtem Gebiet Ungarns keine durchschlagenden Erfolge auf dem Gebiet der Organisation erreichen konnten. Deshalb ist kaum zu vermuten, daß der Anteil der Volksbundmitglieder hier höher gewesen wäre, als im Landesdurchschnitt. Das bezeugen im übrigen auch die Erfahrungen der Werbung für die SS. Darum kann man sich nur schwerlich mit der Meinung von István Fehér einverstanden erklären, der behauptet, daß „die Zahl von 200 000 – 250 000 im großen und ganzen identisch war mit der Stärke des Volksbundes.“ (*Fehér, István*: Beiträge und Tatsachen aus der Geschichte der Ungarndeutschen, S. 55)
- ⁴⁶ *Tilkovszky, Lóránt*: SS-toborzás Magyarországon (SS-Werbung in Ungarn), Kossuth Könyvkiadó, 1974, S. 176.
- ⁴⁷ Die für die SS Geworbenen kamen zu ungefähr 50% aus den Reihen der Deutschen aus den Gebieten des Karpatenvorlandes, Siebenbürgens und hauptsächlich der Vojvodina.
- ⁴⁸ *Tilkovszky, Lóránt*: Das war der Volksbund, S. 353.
- ⁴⁹ *Fehér, István*: Beiträge und Tatsachen aus der Geschichte der Ungarndeutschen, S. 60 – 62
- ⁵⁰ „Szabad Nép“, 31. Mai 1945.
- ⁵¹ LA M. 1/II – 28
- ⁵² Das Memorandum enthielt den Text der amerikanischen Note, die der tschechoslowakischen Regierung übergeben worden war.
- ⁵³ LA M. 1/II – 28.
- ⁵⁴ „Magyar Közlöny“, Nr. 65, 1945
- ⁵⁵ Der Kreis der zu Überprüfenden wurde durch Absatz 5 des § 2 der Verordnung Nr. 1710/1945 des Ministerpräsidenten festgelegt.
- ⁵⁶ Nach dem August 1940 regermanisierten in Ungarn etwa 26 000 Personen ihre Namen.
- ⁵⁷ „Magyar Közlöny“, Nr. 87, 1945.
- ⁵⁸ „Magyar Közlöny“, Nr. 7, 1945.
- ⁵⁹ LA M. 1/II – 28.
- ⁶⁰ PI Arch. 274/10 – 25.
- ⁶¹ PI Arch. Fond 284, Bd. XIII.
- ⁶² PI Arch. Fond 284, Bd. XIII.
- ⁶³ Der Beschluß des Ministerrates wurde nicht veröffentlicht, so daß sich die Öffentlichkeit aus authentischen Quellen kein verlässliches Bild über die Probleme, die um die Aussiedlung der Deutschen entstanden, formen konnte.
- ⁶⁴ LA M. 1/II – 28. Das Außenministerium hielt allerdings auch diese Fassung noch für bedenklich und wünschte die politische Schuld der Deutschen noch konkreter zu formulieren. Zu dieser Abänderung konnte es dagegen auch schon deswegen nicht kommen, da diese obige Formulierung infolge diplomatischer Unerfahrenheit oder politischer Unsicherheit zu einem früheren Zeitpunkt von der Regierung selbst benutzt worden war.
- ⁶⁵ LA M. 1/II – 28.

- ⁶⁶ Ebenda.
- ⁶⁷ Danach wären landesweit annähernd 160 000 Katastraljoch (etwa 92 000 Hektar – der Übersetzer) zur Umsiedlung freigeworden. Tatsächlich wurden aufgrund der Mitgliedschaft im Volksbund 204 116 Katastraljoch (etwa 117 500 Hektar – der Übersetzer) Boden der Bevölkerung deutscher Nationalität konfisziert. (Orbán, Sándor: Két agrárforradalom Magyarországon [Zwei Agrarrevolutionen in Ungarn], Akadémiai Kiadó, 1972, S. 39f.)
- ⁶⁸ LA M. 1/II–28.
- ⁶⁹ Ebenda.
- ⁷⁰ „Szabad Nép“, 14. August 1945.
- ⁷¹ LA M. 1/II–28.
- ⁷² Ebenda.
- ⁷³ Zu den Problemen der südtransdanubischen Umsiedlungen siehe ausführlicher bei Kománovics, József: A népi demokratikus forradalom és a telepítés Baranya megyében 1945–1947. Tanulmányok a Dél-Dunántúl történetéből (1944–1948) (Die volksdemokratische Revolution und die Umsiedlungen im Komitat Baranya 1945–1947, Studien zur Geschichte Südtransdanubiens [1944–1948], herausgegeben von der Kulturabteilung des Rates der Stadt Pécs, 1969, S. 97–147.
- ⁷⁴ Magda Somlyai stellt über die Umsiedlungen des Sommers 1945 fest, daß diese zufällig geschahen „und nicht als Teil einer von vornherein durchdachten, großzügigen Siedlungspolitik.“ (Földreform 1945 [Bodenreform 1945], Kossuth Könyvkiadó, 1965, S. 74).
- ⁷⁵ Auf der Tagungsperiode der Provisorischen Nationalversammlung im September 1945 wurden die unvorbereiteten Umsiedlungen durch das Amt für Volksfürsorge in erster Linie von den Abgeordneten der kommunistischen und der Bauernpartei scharf kritisiert. (Az Ideiglenes Nemzetgyűlési Naplója [Protokolle der Provisorischen Nationalversammlung], Verbürgte Ausgabe, Athenaeum Budapest, 1946, S. 78–86).
- ⁷⁶ PI Arch. 508/1–72
- ⁷⁷ Ebenda.
- ⁷⁸ LA M. 1/II–28.
- ⁷⁹ Ebenda.
- ⁸⁰ In Wirklichkeit lebten 1945 in Ungarn nicht eine halbe Million Personen deutscher Nationalität.
- ⁸¹ LA M. 1/II–28
- ⁸² Ebenda.
- ⁸³ Ebenda.
- ⁸⁴ PI Arch. 508/1–73.
- ⁸⁵ Danach können Züge nur in die durch amerikanische Behörden festgelegten Orte geleitet werden. Über deren Abgang, Route, Ankunftszeit und über die Anzahl der reisenden Personen muß im Vorhinein eine Information gegeben werden. Über die Auszusiedelnden muß eine Liste angelegt werden, die außer der ärztlichen Bescheinigung detaillierte Personenangaben enthält. Bei der Aussiedlung wurden, die Bau-, Transport- und gemeinnützigen Arbeiter“ und deren Familien bevorzugt.
- ⁸⁶ LA 1/II–28.
- ⁸⁷ Ebenda.
- ⁸⁸ Ebenda.
- ⁸⁹ PI Arch. 253/1–4.
- ⁹⁰ LA M. 1/II–28.
- ⁹¹ „Magyar Közlöny“, Nr. 211, 1945.
- ⁹² PI Arch. Fond 284, Bd. II.
- ⁹³ LA M. 1/II–28.
- ⁹⁴ PI Arch. 285/1–2–4.
- ⁹⁵ József Révai betonte in einer Vorlesung, die er am 21. August 1945 vor einem Parteiaktiv hielt, daß „unser Standpunkt in der Schwabenfrage mit nur drei Worten ausdrückbar ist: hinaus mit ihnen!“ (PI Arch. 2/15–9/a).
- ⁹⁶ PI Arch. 274/16–90.
- ⁹⁷ LA M. 1/II–28.
- ⁹⁸ PI Arch. 274/3–18.
- ⁹⁹ PI Arch. 253/1–24.
- ¹⁰⁰ PI Arch. 253/1–4.

- ¹⁰¹ PI Arch. 253/1 – 4. Nach Erscheinen der Verordnung hatte Péter Bechtler die Absicht, in der Nationalversammlung zu interpellieren. Árpád Szakasits mißbilligte das jedoch aus Koalitionsgründen und machte darauf aufmerksam, daß sich auf der Beratung der Koalitionsparteien die Koalitionsmitglieder in der vorläufigen Begutachtung der Durchführungbestimmungen der Verordnung schon geeinigt hätten. Einvernehmen herrschte allerdings darüber, daß die SdP offiziell beim Ministerpräsidenten Protest einlegen wird, da dieser die von Bechtler geführte deutsche Delegation nicht empfangen hatte. (PI Arch. 253/1 – 62)
- ¹⁰² PI Arch. 253/1 – 65.
- ¹⁰³ PI Arch. 253/1 – 62.
- ¹⁰⁴ Diese Note war eigentlich eine Antwort auf die Noten der ungarischen Regierung vom 1. und vom 15. Dezember 1945.
- ¹⁰⁵ LA M. 1/II – 28.
- ¹⁰⁶ Ebenda.
- ¹⁰⁷ Ebenda.
- ¹⁰⁸ „Magyar Közlöny“, Nr. 211, 1945.
- ¹⁰⁹ Der Brief beruft sich auf die Note der Provisorischen Nationalregierung vom 5. Juli 1945.
- ¹¹⁰ LA M. 1/II – 28.; General Key hätte eine solche Abänderung der betreffenden Textstelle als ausreichend betrachtet, die unterstricht, daß die Aussiedlung der ungarischen Bevölkerung deutscher Nationalität mit „Erlaubnis“ des AKR in Deutschland geschieht. (PI Arch. 508/1 – 73)
- ¹¹¹ LA M. 1/II – 28.
- ¹¹² Ebenda.
- ¹¹³ Ebenda.
- ¹¹⁴ Ebenda.
- ¹¹⁵ LA M. 1/II – 28.
- ¹¹⁶ Ebenda.
- ¹¹⁷ Ebenda.
- ¹¹⁸ Ebenda.
- ¹¹⁹ Im Februar 1946 wurden aus 7 Gemeinden 7 237 Personen, im März aus 8 Gemeinden 11 334, im April aus 25 Gemeinden 20 939, im Mai aus 75 Gemeinden 49 011, im Juni aus 38 Gemeinden 18 479 Personen aus Ungarn ausgesiedelt.
- ¹²⁰ PI Arch. 508/1 – 73.
- ¹²¹ PI Arch. 508/1 – 73.
- ¹²² Ebenda.
- ¹²³ Ebenda.
- ¹²⁴ Ebenda.
- ¹²⁵ PI Arch. Fond 284, Bd. XII.
- ¹²⁶ PI Arch. 274/10 – 36.
- ¹²⁷ PI Arch. 274/3 – 31.
- ¹²⁸ PI Arch. Fond 284, Bd. XII.
- ¹²⁹ Ebenda.
- ¹³⁰ PI Arch. 274/10 – 25.
- ¹³¹ PI Arch. Fond 284, Bd. XIII.
- ¹³² PI Arch. 508/1 – 74.
- ¹³³ LA M. 1/II – 28.
- ¹³⁴ Die Ausgesiedelten konnten die notwendigsten Mobilien, darunter die für ihren Beruf notwendige Ausrüstung, ihre Sparbücher deutscher Banken und Bescheinigungen über ihr Eigentum in Deutschland mitführen. Schwangere Frauen und deren Familienangehörige waren von der Aussiedlung ausgeschlossen. Die Auszusiedelnden mußten mindestens 10 Tage vorher über die Durchführung der Aussiedlung unterrichtet werden, dabei mußten die Gründe der Aussiedlung konkret in einem Namensverzeichnis ausgewiesen sein.
- ¹³⁵ Hierzu können nicht die etwa 8000 „Volksdeutschen“ gerechnet werden, die aus Jugoslawien und Rumänien nach Ungarn geflohen waren.
- ¹³⁶ Die offiziellen westdeutschen Quellen erwähnen 170 000 Personen, darunter allerdings 20 000 Personen in der Kategorie der Geflüchteten, bzw. der „Geretteten“. (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte,

Düsseldorf 1956, Band II, S. 72 E); Aber auch das bleibt weit unter der Zahl von 210 000 Personen, zu deren Übernahme sich die amerikanischen Behörden verpflichteten. Die Beauftragten der deutschen Militärregierung der Vereinigten Staaten verpflichteten sich sogar im Abkommen vom 1. September 1946 zur Übernahme von weiteren, maximal 100 000 ungarischen Einwohnern deutscher Nationalität. Zwar wurde das an Bedingungen gebunden, die besagten, daß „damit die Aussiedlung der Schwaben beendet ist und später kein weiterer Versuch geschieht, zusätzlich Schwaben in die deutsche U. S.-Zone auszusiedeln. . .“ (LA M./II-28)

¹³⁷ PI Arch. 274/10-25.

¹³⁸ Ebenda.

¹³⁹ Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Band II, S. 72 E.; *Rákosi, Mátyás: A fordulat éve* (Das Jahr der Wende), Szikra, 1948, S. 129.

¹⁴⁰ PI Arch. 274/10-25.

¹⁴¹ Der Ministerrat veranlaßte am 7. Oktober 1949 in einer Sonderverordnung - Nr. 4274/1949/213 des Ministerrates, daß die zur Aussiedlung verpflichteten Personen deutscher Nationalität vom Standpunkt der Wahl des Wohnortes und des Berufes „unter einen Gesichtspunkt“ mit den ungarischen Staatsbürgern fallen. („Magyar Közlöny“, Nr. 213, 1949) Im folgenden Jahr traten mit einer neuerlichen Verordnung des Ministerrates - Nr. 14/1950/III. 25 - sämtliche einschränkenden Maßnahmen außer Kraft und die Bevölkerung deutscher Nationalität erhielt ihr volles Recht auf Staatsbürgerschaft zurück: „Diejenigen Personen, auf die sich die Umsiedlungsmaßnahmen bezogen, und die nicht umgesiedelt wurden sowie die Personen, deren Umsiedlung zwar durchgeführt wurde, die sich aber zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung in Ungarn aufhalten und ihrer Meldepflicht aufgrund der diesbezüglichen Regelungen Genüge getan haben, sind ungarische Staatsbürger und in jeder Hinsicht gleichberechtigte Bürger der Ungarischen Volksrepublik.“ („Magyar Közlöny“, Nr. 52, 1950)